

AstA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - S O M M E R 2 0 2 0



astA 

**Corona &
Ausnahmezustand**



Hrsg. ASTA der Universität Frankfurt am Main

V. i. S. d. P. ASTA-Vorstand:
Melissa Dutz
Kyra Beninga
Nils Zumkley
David Höhnerbach
Sebastian Heidrich
Mathias Ochs

Anschrift Mertonstr. 26-28,
60325 Frankfurt a. M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail info@asta-frankfurt.de

Redaktion ASTA-Zeitungsreferat:
Malte Tübbecke
Finn Gölitzer
Alexander Toumanides

eMail zeitung@asta-frankfurt.de

Gestaltung gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag & Druck

Auflage 44 000

Jahrgang 2020

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des ASTA oder der Redaktion wieder.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Liegen bei niemanden. Geben Sie diese
Zeitung jeder x-beliebigen Person
für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Collagen: gegenfeuer.net

Seite 2: Photo by Noah on Unsplash,
Seite 9-12 Photo by Karolina Grabowska
from Pexels, Seite 17: by rawpixel
Seite 21: Photo by Branimir Balogović
from pexels, Seite 27 Bild von
Alexas_Fotos auf Pixabay

Die restlichen Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen oder sind direkt
vermerkt.



**Wir
wünschen
viel
Spaß
beim
Lesen!**

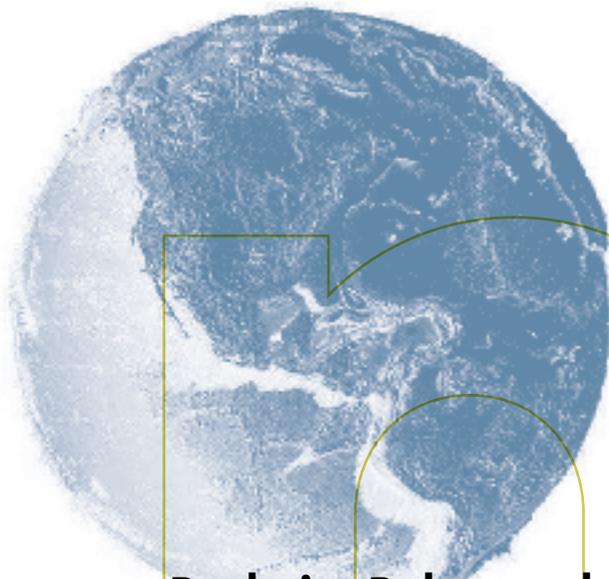
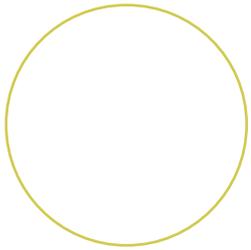
Als sich Anfang des Jahres das Ausmaß der Covid-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen verschärften, haben wir kurzfristig das Thema dieser Ausgabe umgewidmet. Im Fokus der Ausgabe stehen nun die gesellschaftlichen Dimensionen des durch Corona bedingten Ausnahmezustandes. Sicherlich wurde das Thema in vielerlei Weise abgehandelt, und dennoch werden wir uns noch länger damit beschäftigen müssen. Die Vereinzelung nimmt zu, die Gesellschaft driftet weiter auseinander, soziale Ungleichheiten verschärfen sich, die Prekarität wird zur Regel. Und doch vermochte auch diese Krise es bisher nicht, den Kapitalismus ernsthaft in Frage zu stellen. Die Reaktionen sprechen für sich. So wird sich in den Normalzustand zurückgesehnt - eine Normalität die schon vor der Pandemie nichts als Tristesse darstellte. Zugleich schließen sich immer mehr Menschen Bewegungen an, die in Corona nichts weiter als eine Verschwörung machthungriger Eliten sehen. Doch neben kapitalistischen Realismus und konformistischer Revolte, blieb eine emanzipatorische Perspektive bislang aus.

In Anbetracht unserer begrenzten Mittel wollen wir mit dieser Zeitung dennoch einen kleinen Beitrag zur Politisierung der Krise leisten. So widmet sich diese Ausgabe unter anderem den Gefahren und Kontinuitäten verschwörungstheoretischer Bewegungen. Zudem findet ihr konkrete Erfahrungen aus dem Ausnahmezustand: Seien es die zusätzlich zu bewältigenden Hürden von Schwangerschaftsabbrüchen in der Pandemie oder die Veränderungen des Lehrbetriebs während des vorangegangenen Ausnahmesemesters. Hier kann die subjektive Erfahrung mit den Verhältnissen helfen, Missstände zu benennen und Kritik zu formulieren.

Als Möglichkeit zur Überwindung der individuellen Ohnmacht haben wir mit der Hochschulgewerkschaft unter_bau über Formen der kollektiven Organisation gesprochen. Schließlich erfordern die einzelnen Schicksale um uns herum unsere Solidarität und Kenntnisnahme, doch bieten auch bestimmte Formen vermeintlicher Solidarität Anlass zur kritischen Reflexion. Neben diesen und weiteren Themen findet ihr in dieser Ausgabe aber auch Lesetipps, Kreuzworträtsel und vieles mehr.

**Ein Ausnahmezustand im
Ausnahmezustand:
Schwangerschaftsabbrüche
in Zeiten der
Corona-Pandemie**

05



**Rede im Rahmen des
Jugendaktionstages**

21



It's corony stupid

07

**Plötzlich
Solidarisch**

27



Uni als »Ort der Begegnung«?

25

Danke für die Blumen

29



Einfach mal die Fresse halten.

43

- Ø5 **Der Ausnahmezustand im Ausnahmezustand**
Josephine von der Haar

- Ø7 **Its corony stupid!**
AKØ69

- Ø9 **Forderungen des AStA wegen Corona**
AStA FFM

- 13 **Die politische Debatte
aus der Quarantäne entlassen**
Raul Rosenfelder

- 14 **Von Aluhüten und Anonymous-Masken:
Die »Corona-Rebellen« in Frankfurt**
Initiative Aufklärung statt Verschwörung

- 17 **Uni als »Ort der Begegnung«?**
Sebastian Fritz, Dr. Yanti Hölzchen,
Mark Schoder

- 21 **Stellungnahme des AStA & GEW**

- 23 **Prekarität in Zeiten der Krise**
Interview mit der Hochschulgewerkschaft
unter_bau

- 27 **Plötzlich Solidarisch**
Tobias Lechner

- 29 **Danke für die Blumen!**
Kommentar der Redaktion

- 31 **Rede im Rahmen des Jugendaktionstages**

- 35 **Lesetipps**

- 31 **Rätselseite**

- 41 **»Einfach mal die Fresse halten.«**
AStA und Arbeitskreis kritischer Jurist*innen

- 43 **Call for Papers: »Universität und Arbeit«**

Ein Ausnahmezustand im Ausnahmezustand:

Schwangerschaftsabbrüche in Zeiten der Corona-Pandemie

Ich bin schwanger. Zwei rosa Striche auf dem Schwangerschaftstest sind der Beweis. »Fuck« – Ich schaue mehrmals von der Packungsbeilage zurück auf die Anzeige, um sicherzugehen, dass ich mich nicht verguckt habe. Das kann doch eigentlich gar nicht sein, denke ich, schließlich habe ich verhütet. Die Wahrscheinlichkeit trotz Kupferspirale schwanger zu werden, liegt bei 0,3 bis 0,8 Prozent, wie ich nach kurzem googeln herausfinde. Nicht sehr wahrscheinlich also. Und doch sitze ich hier mit einem positiven Schwangerschaftstest in der Hand. Ich bin nicht traurig, ich bin nicht fröhlich, ich bin einfach nur genervt.

Seit einer Woche befindet sich ganz Deutschland im Lockdown. Es ist unklar, wie lange das so bleiben wird. Meine sozialen Kontakte habe ich binnen kürzester Zeit auf ein Minimum reduziert, der Semesterbeginn wurde vorerst verschoben und bis auf Supermärkte hat kaum etwas geöffnet. Die ganze Situation ist absurd – und jetzt bin ich auch noch schwanger.

Ich fange an meine Optionen durchzugehen: Das Thema Schwangerschaftsabbruch ist mir nicht völlig fremd. Durch meine politische Sozialisation habe ich mich bereits mit reproduktiven Rechten beschäftigt. Ich habe gegen christliche Fundamentalist_innen und für ein Recht auf Abtreibung demonstriert. Und trotzdem bin ich in dieser Situation ganz schön überfordert. Ein Schwangerschaftsabbruch während des Lockdowns – wie geht das überhaupt?

Um in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu können, sind mehrere persönliche Termine

notwendig: Zuerst muss die Schwangerschaft gynäkologisch bestätigt werden, dann muss die Schwangere eine gesetzlich vorgeschriebene Pflichtberatung wahrnehmen, erst dann kann der Abbruch selbst durchgeführt werden – operativ oder medikamentös – und zuletzt folgt eine Nachuntersuchung.¹ Können die Kosten für den Abbruch von der Krankenkasse übernommen werden, ist auch hier ein persönlicher Termin nötig. Kontakte zu vermeiden, wie es zur Eindämmung des Virus erforderlich ist, ist dabei nicht möglich.

Viele ungewollt Schwangere sind bereits unter normalen Umständen vor organisatorische Herausforderungen gestellt, wenn sie eine Schwangerschaft abbrechen wollen. Denn eine Schwangerschaft abzubrechen ist in Deutschland verboten und nur bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei möglich – es gibt Auflagen und oft herrscht Zeitdruck. Neben den verschiedenen Terminen bei Ärzt_innen ist eine Schwangerschaftskonfliktberatung verpflichtend vorgeschrieben, bei der der Schwangeren ein Beratungsschein ausgestellt wird. Nur mit diesem Schein und nach drei Tagen Bedenkzeit ist ein Schwangerschaftsabbruch straffrei möglich.² Übernimmt die Krankenkasse die Finanzierung des Abbruchs nicht, ist dieser außerdem teuer. Zwischen 200 und 600 Euro muss eine Schwangere für einen Abbruch selbst zahlen, wenn ihr Einkommen über 1.100 Euro im Monat liegt.³ Hinzu kommt, dass immer weniger Ärzt_innen Abbrüche durchführen. Insbesondere in ländlichen Gegenden ist deswegen der Weg zum Abbruch weit – teilweise bis zu 200 Kilometer.^{4,5}

Die Corona-Pandemie verschärft viele der bereits existierenden Probleme und stellt Beratungsstellen, Kliniken und ungewollt Schwangere vor neue Herausforderungen.

Aufgrund von mangelnder Schutzausrüstung, Schichtbetrieb und Quarantäne gibt es Einschränkungen in Beratungsstellen, Praxen und Kliniken. Eine Sorge vieler Aktivist_innen und Ärzt_innen ist, dass Kliniken Schwangerschaftsabbrüche nicht als Notfallbehandlung, sondern als elektive Leistung betrachten könnten und diese aufgrund der Pandemie nicht mehr durchführen.⁶ Die Ausgangssperre und die Kontaktbeschränkungen führen außerdem zu zusätzlichen Zugangsproblemen für ungewollt Schwangere: Zu Hause können durch Schul- und Kitaschließungen permanente Betreuungsaufgaben anfallen, die Schwangere kann selbst in Quarantäne sein oder muss durch den eingeschränkten ÖPNV lange und umständliche Wege in Kauf nehmen. Hinzu kommt bei der Frage nach der Kostenübernahme für den Schwangerschaftsabbruch, dass die Krankenkassen wegen der Pandemie geschlossen haben. Einige Aktivist_innen und Ärzt_innen fordern deshalb eine Onlineantragstellung für die Kostenübernahme und eine Onlinezustellung der Kostenübernahmeerklärung.⁷ Sie fordern zudem, den medikamentösen Abbruch mit telemedizinischer Betreuung bis zur neunten Schwangerschaftswoche zu ermöglichen. Dadurch wäre ein persönlicher Termin weniger notwendig. Diese Möglichkeit gilt unabhängig von der Corona-Pandemie als sicher und ist mit Richtlinien der WHO vereinbar.^{8,9}

Wie in vielen anderen Bereichen, wirkt die Pandemie auch bei Schwangerschaftsabbrüchen als Beschleuniger für Digitalisierung. Einige Krankenkassen reagieren schnell und ermöglichen die Antragstellung für die Kostenübernahme online. Ähnliches gilt für die verpflichtende Beratung. Viele Bundesländer, darunter auch Hessen, erkennen die Notwendigkeit, die Gespräche aufgrund der Pandemie telefonisch oder über Videochat durchführen



zu können. Zwei Hindernisse, zwei zusätzliche Kontakte, fallen somit weg. Hierin zeigt sich eine Chance, die über die Pandemie hinausreichen könnte. Wenngleich der persönliche Kontakt bei solch einem intimen Gespräch positiv sein kann, ist es für viele ungewollt Schwangere auch eine Erleichterung, nicht persönlich anwesend sein zu müssen. Das garantiert außerdem eine größere Auswahl an Beratungsstellen, wenn diese im unmittelbaren Umfeld nicht gegeben ist. Die Möglichkeit, ein professionelles Beratungsgespräch in Anspruch nehmen zu können, wenn einem die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft schwerfällt, ist ungeheuer wichtig. Durch die Verpflichtung zum Gespräch und die vorgeschriebenen drei Tage Bedenkzeit danach, wird den Schwangeren jedoch das Recht auf körperliche Selbstbestimmung abgesprochen. Besser wäre es, das verpflichtende Beratungsgespräch gleich ganz abzuschaffen.

Während ich über der Entscheidung bezüglich meiner Schwangerschaft brüte, wird mir klar, dass ich die mir selbst auferlegten Kontaktbeschränkungen in dieser Konsequenz nicht werde fortführen können. Neben den Gesprächen mit meinem Partner brauche ich Ablenkung und Unterstützung von meinen Freundinnen. Ich merke, dass ich nicht frei bin von den gesellschaftlichen Bildern und Erwartungen rund um Schwangerschaft und Weiblichkeit. Die Entscheidung fällt mir nicht leicht und allein sein ist in dieser Phase keine gute Option. Zusätzlich zu den nicht coronabedingten Unsicherheiten bezüglich einer ungeplanten Schwangerschaft, kommen nun neue Fragen hinzu: Ist das Coronavirus für die Schwangerschaft gefährlich? Wie könnte ich gebären – müsste ich wirklich allein in den Kreissaal? Auch diese Fragen bewegen mich letztlich dazu, mich für einen Abbruch zu entscheiden und gehören

zum Komplex von Schwangerschaftsabbrüchen während der Corona-Pandemie dazu.

Die abgedroschene Phrase des Brennglases, unter dem gesellschaftliche Missstände durch die Corona-Pandemie deutlich werden, trifft auch auf die prekäre Situation ungewollt Schwangerer zu. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und reproduktive Gesundheit wird durch bürokratische und finanzielle Hürden eingeschränkt. Die Hindernisse, die ungewollt Schwangere für einen Abbruch überwinden müssen, werden durch die Pandemie verstärkt. Zugleich zeigen sich in dieser Phase Potentiale, die einen leichteren und gerechteren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ermöglichen. Neben den Möglichkeiten, die Online-Angebote und telemedizinische Betreuung bieten, gilt es jedoch nach wie vor für einen wirklichen Abbau der bürokratischen Hindernisse zu kämpfen und einen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für alle zu ermöglichen. ●

Josephine von der Haar

- 1 Doctors for Choice Germany (2020): Pressemitteilung: Schwangerschaftsabbrüche in Zeiten der Corona-Krise. Abgerufen 04.07.2020, von <https://doctorsforchoice.de/2020/03/pm-schwangerschaftsabbruch-corona/>
- 2 Eine Ausnahme stellt die sog. »Medizinische Indikation« dar. Besteht eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren, die nur durch den Abbruch verhindert werden kann, ist ein Schwangerschaftsabbruch während der gesamten Schwangerschaft straffrei möglich.
- 3 diskus (o.J.): How to Abtreibung in Deutschland. Frankfurt am Main.
- 4 Achtleik, Kirsten (2020): Abbruch in virigen Zeiten. In: Jungle World 14/2020. Abgerufen 04.07.2020, von <https://jungle.world/artikel/2020/14/abbruch-virigen-zeiten>
- 5 Doctors for Choice Germany (2020): Pressemitteilung: Schwangerschaftsabbrüche in Zeiten der Corona-Krise. Abgerufen 04.07.2020, von <https://doctorsforchoice.de/2020/03/pm-schwangerschaftsabbruch-corona/>
- 6 Pro Choice (2020): Corona-Pandemie: Offener Brief an Einrichtungen und Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Abgerufen 04.07.2020, von <https://solidaritaetfuerkristinahaenel.wordpress.com/2020/03/22/corona-pandemie-offener-brief-an-einrichtungen-und-aerztinnen-die-schwangerschaftsabbrueche-vornehmen/>
- 7 Doctors for Choice Germany (2020): Pressemitteilung: Schwangerschaftsabbrüche in Zeiten der Corona-Krise. Abgerufen 04.07.2020, von <https://doctorsforchoice.de/2020/03/pm-schwangerschaftsabbruch-corona/>
- 8 Hecht, Patricia/Loeffler, Juliane (2020): Ärzt*innen und Fachverbände warnen, dass ungewollt Schwangere Abtreibungsfristen nicht mehr einhalten könnten. In: BuzzFeed.News. Abgerufen 04.07.2020, von <https://www.buzzfeed.com/de/julianeloeffler/arztinnen-fachverbaende-warnen-vor-abtreibungen-versorgungsl>
- 9 Pro Choice (2020): Corona-Pandemie: Offener Brief an Einrichtungen und Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Abgerufen 04.07.2020, von <https://solidaritaetfuerkristinahaenel.wordpress.com/2020/03/22/corona-pandemie-offener-brief-an-einrichtungen-und-aerztinnen-die-schwangerschaftsabbrueche-vornehmen/>

It's Corony, Stupid.

Dass alle Verschwörungsideologien zum Thema Corona völliger Humbug, das Virus gefährlich und Schutzmaßnahmen angebracht sind, steht außer Frage. Das müssen wir aber vermutlich den wenigsten Leser*innen erklären. Auch die Frage, welche Maßnahmen sinnvoll und welche überflüssig sind und waren, wird sich erst im Laufe der Zeit klären lassen, und soll hier nicht diskutiert werden. Wir versuchen sicher nicht, Hobbyvirolog*innen zu spielen. Davon gab es in Deutschland in den letzten Monaten mehr als genug. Uns geht es in diesem Text um die gesellschaftlichen Folgen der Einschränkungen und um die Hilflosigkeit der Linken im Umgang damit.

Unter dem Corona Virus leidet das Kapital, der Börsenindex Dax ist dramatisch abgestürzt und es scheint als würde uns eine globale Wirtschaftskrise bevorstehen. Zwar könnten die Börsenkurse uns als Kommunist*innen ja egal sein, klar ist aber auch, dass Rezessionen die Armen und Schwachen in besonderem Maße treffen. Andere Auswirkungen sind die negativen Effekte auf demokratische Freiheiten. Personenbezogene Daten und Bewegungsprofile werden erfasst, das Recht auf Versammlung, ein zentrales demokratisches Grundrecht, eingeschränkt und Sanktionsmaßnahmen gegen Verstöße verhängt. Die Kontaktsperrre und die anderen Einschränkungen ließen sich nur damit durchsetzen, dass eine erhöhte Kontrolle des öffentlichen Lebens eingeführt wurde.

Corona – die große Gleichmacherin?

Wie sehr man von der erhöhten Kontrolle des öffentlichen Lebens betroffen ist, hängt stark von der gesellschaftlichen Position ab. Hierzu vier Szenen aus Frankfurt:

Frankfurt Güntersburgpark: Dort, zwischen Bornheim und Nordend, zwischen Stadtvillen, Rhabarbersaftschorle, Besserverdienenden und hippen Eltern mit Transporträdern, verbrachten in Woche 2 der Kontaktbeschränkungen Hunderte von Anwohner*innen ihre Freizeit. Als die Polizei daraufhin anrückte, bat sie höflich per Lautsprecher darum, doch bitte das Abstandsgebot einzuhalten und bedankte sich danach herzlich bei den Anwesenden. In Griesheim, dem Stadtteil Frankfurts mit dem geringsten Durchschnittseinkommen, patrouillierte die Polizei mehrmals täglich und verhängte Geldstrafen von bis zu 600 € gegen Jugendliche, die sich auf der Straße aufhielten. Dies endete in einer gewaltvollen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und der Polizei.

Im Bahnhofsviertel dagegen wurden „die, die noch nie auf der Sonnenseite des Lebens standen, sich selbst überlassen“ – so formulierten es Mitarbeiter*innen der Frankfurter Drogenhilfe in einem offenen Brief an die Stadt Frankfurt. Wegen der Infektionsgefahr blieben nur sieben von zwölf Druckstuben geöffnet, vor diesen sammelten sich häufig bis zu 100 Menschen ohne jegliche Schutzvorkehrungen. Auch dem Personal mangelte es an Sicherheitsvorkehrungen und die Mitarbeiter*innen berichteten davon, wie sie selbst am Rand der psychischen Belastbarkeit standen.

In der Frankfurter Innenstadt demonstrierten im April mehrere hundert Menschen gegen die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern. Trotz der Beachtung von Abstandsregeln und Maskenpflicht wurde die Veranstaltung von der Polizei gewaltsam aufgelöst, Personalien aufgenommen und Strafzahlungen erhoben. Dies geschah während am Main dichtgedrängt Wochenendspaziergänger*innen flanierten, jedoch ohne sich politisch zu positionieren. Ein Schelm wer da böses ahnt, bzw. vermutet, dass das Auftreten und Durchgreifen der Polizei mit dem politischen Ausdruck der Veranstaltung zu tun hat.

Es zeigt sich vor allem eins: Die Polizei nutzte ihre zusätzlichen Kompetenzen vor allem dazu, diejenigen zu maßregeln, die nicht ins Bild der Finanzmetropole Frankfurt passen. Sie ist die Exekutive des Klassenkampfes von oben.

Eskapaden und autoritäre Ausschweifungen von Links

Nicht nur die staatlichen, sondern auch linke Antworten auf die Krise fallen autoritär aus. In den sozialen Netzwerken wurde zu Beginn der Pandemie in Deutschland der Hashtag #staythefuckhome genutzt, um die freiwillige Selbstquarantäne aller Menschen zu fordern. Wer dem widersprach sah sich schnell mit Denunziationen und Vorwürfen konfrontiert. Da kam es schon vor, dass Menschen zu Mörder*innen erklärt wurden, weil sie mit ihren Kindern auf dem Spielplatz schaukelten oder ihren Laden aus Existenzangst noch so lange wie möglich geöffnet hatten. Sogar eine Verschärfung der staatlichen Repressionen gegen Regelübertreter*innen wurde gefordert. Hierin lässt sich ein autoritäres Verlangen spüren, das auf dem Glauben moralischer Integrität beruht und in der Forderung endet, dass amoralisches Verhalten unmittelbar gesühnt werden soll. Sicherlich war es vernünftig, zuhause zu bleiben, um das Ansteckungsrisiko für sich und andere zu minimieren. Dass diese Möglichkeit aber maßgeblich von den eigenen Arbeits- und Wohnverhältnissen abhängt, war dabei selten Thema. #Staythefuckhome funktioniert eben nicht so gut, wenn man eine Doppelschicht im Amazon-Lager hinter sich bringen muss. Andere Linke fanden sich in ihrer anarchistischen Trotzhaltung wieder und forderten jetzt erst recht raven zu gehen und sich von diesem Staat nichts vorschreiben zu lassen. Auch das ist mehr Ausdruck des Verlusts politischer Urteilsfähigkeit und infantilem Wunschdenken als von Gesellschaftskritik.

NS-Relativierung von Links

Dass gelbe Davidsterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ eine widerliche Relativierung der Shoah darstellen, ist klar, und wurde so auch auf allen linken Kanälen benannt. Sobald es aber gegen den eigenen politischen Gegner geht, haben viele Linke vor der Relativierung der Naziverbrechen ebenfalls wenig Skrupel. Unverfroren warf man Wolfgang Schäuble und Boris Palmer, so unsympathisch sie sind, die Verbreitung von Euthanasiegedanken vor. Schäuble sagte, das Grundgesetz schütze die Würde des Menschen, nicht jedes Leben; Palmer, dass den Corona-Toten hier aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Krise verhungerte Kinder in Afrika gegenüberstünden. Beide Aussagen sind vor allem vorgeschobene Argumente wirtschaftsliberaler Interessen. Bei Palmer schwingt zudem das moralisierende „Denk an die Kinder in Afrika“ mit, das den Deutschen nur all zu leicht über die Lippen kommt, wenn im Kindergarten der Kartoffelbrei nicht ganz aufgegessen wurde. Dabei kommt er natürlich nicht auf die Idee, Entschädigungen für Nachkommen der Opfer der Massaker der deutschen Kolonialherren zu fordern. Trotz allem: wer die Äußerungen Schäubles und Palmers mit der gezielten Tötung von Menschen mit Behinderungen vergleicht, ist nicht viel besser als die „Ungeimpften“.

Im Westen nichts Neues

Es ist zu begrüßen, dass im Falle der COVID-19 Pandemie in Deutschland an einigen Stellen die Gesundheit von Menschen über Wirtschaftsinteressen gestellt wurde. Dass dies nur für Staatsbürger*innen gilt ist ebenso logisch wie tragisch; die Menschen, die in Moria und anderen Camps an der europäischen Grenze leben wurden seit der Kontaktsperre noch mehr alleine gelassen, als sie es sowieso schon waren. In einigen afrikanischen Staaten sind wirtschaftliche Engpässe tatsächlich schon spürbar. Hilfsgüterlieferungen und Entwicklungshilfeprogramme wurden dramatisch reduziert und das Welt Ernährungsprogramm der UN warnt vor einem sprunghaften Anstieg unterernährter Menschen.

Hier in Deutschland entspannt sich die Situation erfreulicherweise. Hier kann man sich also wieder zum Aperol-Spritz in den Parks und Bars treffen, ohne dass die, die nicht gerade zu einer Risikogruppe gehören, das Virus besonders fürchten müssen. Während hier also gerade viele Menschen aufatmen und vielleicht sogar den nächsten Urlaub auf dem Ballermann planen, hat ein Großteil der Welt den Höhepunkt der Corona Pandemie noch vor sich. Mitte Juni gab es binnen 24 Stunden einen neuen weltweiten Rekord an Neuanssteckungen. Indien, das ein sowieso schon hoffnungslos überfordertes Gesundheitssystem und viel zu wenig Intensivbetten zur Verfügung hat, nimmt bereits Platz 3 der Länder mit den meisten Corona-Zahlen ein und auch in vielen afrikanischen und südamerikanischen Ländern steigen die Infektions- und Todeszahlen drastisch. Die tatsächliche Katastrophe steht also noch bevor.

In Anbetracht der Tatsache dass die EU und die USA bereits Vorverträge über eventuelle Impfstoff-Lieferungen abgeschlossen haben, steht auch nicht in Frage, wer im Falle eines Impfstoffes am längsten auf dessen Verfügbarkeit warten muss. ●

AKØ69



Forderungen des AStA wegen Corona



Das bislang beschlossene Rettungspaket geht an der ökonomischen Realität von Studierenden vorbei – Studierende werden in zwei Klassen gespalten: diejenigen, die sich Bildung leisten können und jene, die das nicht mehr können.

Studierende fallen systematisch durch das Raster der derzeitigen Wirtschaftshilfen, sie werden bei den sozialen Auffangsystemen nur unzureichend berücksichtigt. Ihre Lage wurde bei den bisher beschlossenen Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen nicht mitbedacht. Die durch das Coronavirus beschlossenen Einschränkungen und das daraus resultierende Erliegen des wirtschaftlichen Lebens haben zur Folge, dass viele geringfügig Beschäftigte ihre Lohnarbeit verlieren oder Einnahmeausfälle zu verzeichnen haben. Gerade Wirtschaftsbranchen wie die Gastronomie, der Kulturbetrieb, der Einzelhandel oder auf Honorarbasis Arbeitende sind besonders stark betroffen. Kündigungen häufen sich.

Angesichts der Planungsunsicherheit bezüglich des anstehenden Sommersemesters und einer drohenden Verschuldung oder Armut wächst die Unsicherheit. Neue Arbeitsverhältnisse einzugehen, welche mit den Zeitanforderungen und den arbeitsrechtlichen Anforderungen eines Vollstudiums kompatibel sind, sowie Prüfungen für die Universität abzulegen, ist unter diesen Umständen kaum möglich. Die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Mieten verstärken die prekäre Situation. Es wird sichtbar, dass die staatlichen und arbeitsrechtlichen Regelungen für Studierende realitätsfremd sind. Sie spaltet diese in zwei Klassen: Diejenigen Studierenden, die sich Bildung leisten können und jene, die das nicht mehr können.

Daher fordert der AStA Frankfurt:

- ▶ Existenzsicherung für alle Studierenden, das bedeutet Soforthilfen für Studierende, sich in einer finanziellen Notlage befinden
- ▶ Kurzarbeitendengeld für ALLE geringfügig Beschäftigten
- ▶ Einen Zugang zu Sozialleistungen für ALLE Studierende zur Sicherstellung des Lebensunterhalts einschließlich der Wohnkosten
- ▶ Eine Erhöhung des BAföG und erleichterten Zugang zu diesem
- ▶ Der AStA fordert des Weiteren, dass Studierenden in allen Hinsichten kein Nachteil entstehen darf, wenn sie im anstehenden Sommersemester keine Studienleistungen erwerben. Auch für noch ausstehende Studienleistungen aus dem Wintersemester 19/20 sind deutlich längere Abgabefristen zu gewähren.

Ökonomische Situation Studierender und geringfügig Beschäftigter

Seit dem die Bundesregierung umfassende Finanzpakete zur Rettung der Wirtschaft beschlossen hat, schien im öffentlichen Bewusstsein einiges für die Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden getan worden zu sein. Kurzarbeitendengeld, unbürokratische Direkthilfen für Kleinunternehmende, KfW-Kredite und vieles mehr. Sicherlich sind das umfangreiche Hilfen. Leider treffen diese Hilfen kaum die Arbeits- und Lebensrealität von geringfügig Beschäftigten bzw. Studierenden, die einen großen Anteil dieser Gruppe verkörpern.¹ Zwar wurde das BAföG teilweise angepasst, jedoch beziehen dieses erstens lediglich 12 % der Studierenden. Zweitens sind die meisten Studierenden auch weiterhin nicht bezugsberechtigt.² Zweidrittel aller Studierenden gehen während des Studiums einer Lohnarbeit nach. Davon geben rund die Hälfte an, mit dem Gehalt ihren Lebensunterhalt bestreiten zu müssen.³ Größtenteils handelt es sich dabei um geringfügige Beschäftigungen, weshalb kein Anspruch auf Kurzarbeitendengeld besteht.

Viele Studierende müssen sowieso in Kauf nehmen Geld schwarz dazu zu verdienen, weil der Erhalt der studentischen Krankenversicherung oder die Nebenverdienstrestrictionen für BAföG Beziehende sie dazu zwingen. Selbst der BAföG-Höchstsatz beinhaltet lediglich eine Wohnpauschale von 325 Euro. Wie soll das bei einem Durchschnittspreis von 500 Euro für ein WG-Zimmer in einer Stadt wie Frankfurt am Main ausreichen?⁴ Die im BAföG enthaltenen Sätze sind viel zu niedrig und entsprechen nicht der Lebensrealität der Studierenden.⁵ Wie soll bei einem Verdienst von 10 Euro die Stunde legal der Lebensunterhalt bestritten werden, wenn man - um die studentische Krankenversicherung nicht zu verlieren - legal nur 20 Stunden pro Woche arbeiten darf? In Anbetracht der schon regulär prekären ökonomischen Situationen von Studierenden stellen die bisherigen Maßnahmen der Politik eine unzureichende Lösung dar. Auch Studienkredite helfen kaum. Die Nachfrage nach einem zinslosen Darlehen beim Studentenwerk[sic!] ist größer als das Angebot und da es sich beim KfW-Studienkredit um ein verzinstes Darlehen handelt, besteht hier in besonderem Maße eine Verschuldungsgefahr. Insbesondere für Arbeitnehmende, Kinder und Studierende aus nicht-akademischen Haushalten ist die derzeitige Situation ökonomisch und psychisch extrem belastend. Dadurch wird die ohnehin bestehende soziale Ungleichheit des deutschen Bildungssystems zementiert. Oft können auch die Eltern den plötzlichen Einnahmeausfall nicht ausgleichen, weil sie ebenfalls von Kurzarbeit oder Einnahmeausfällen betroffen sind.

Nichtsemester 2020 und Wohnbedingungen

Das bevorstehende Sommersemester 2020 sollte zu einem Nichtsemester werden.⁶ Dieser Begriff mag missverständlich sein, meint aber nicht, dass das Semester in Gänze ausfällt. Als AstA begrüßen wir es, dass Lehrangebote aufrechterhalten werden und es die Möglichkeit geben soll, E-Learning-Angebote zu nutzen. Allerdings muss hinterfragt werden, ob denn alle Studierende gleichermaßen die Möglichkeit haben, die E-Learning Angebote wahrzunehmen. Viele Studierende können diese Angebote schon allein aufgrund technischer Probleme nicht nutzen, weil z.B. die Internetverbindung zu Hause nicht stabil genug ist, der Laptop defekt ist oder sich Studierende keine Internetverbindung leisten können. Erneut werden Studierende in zwei Klassen geteilt. Die Bibliotheken und PC-Räume an der Universität dienen vielen Studierenden nicht umsonst als Arbeitsplatz.

Zudem müssen viele Studierende – sobald die Corona-bedingten Einschränkungen aufgehoben sind – ihr Lohnarbeitspensum erhöhen, um Lohnausfälle und Mietschulden zeitnah auszugleichen. Denn Mietende, die aufgrund der Krise ihre Miete nicht mehr bezahlen können, sind lediglich für drei Monate vor Kündigungen geschützt. Doch modularisierte Studiengänge mit hoher Anwesenheitspflicht lassen sich nur schwer mit einer Erhöhung des Lohnarbeitspensum in Einklang bringen. Dementsprechend ist nur, wenn das Sommersemester nicht (regulär) zählt, gesichert, dass denjenigen, die die schlechtesten Voraussetzungen haben oder im Verlauf des Sommers neuen Belastungen ausgesetzt sein werden, keine Nachteile entstehen, wenn sie keine Studienleistungen erwerben. Ihre BAföG-Bezüge dürfen dadurch nicht gefährdet sein und auch langfristigen Planungsunsicherheiten muss vorgebeugt werden, in dem die Förderdauer entsprechend erhöht wird. Gleiches gilt für Stipendienbezüge. Die Krankenversicherung ist für Studierende auch nur bis zum 30. Lebensjahr vergünstigt. Auch hier muss es die Möglichkeit geben, ein Semester länger studentisch versichert zu sein.

Die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten führen außerdem dazu, dass immer mehr Studierende in sehr kleinen zweckmäßigen Unterkünften leben müssen. Eine solche Wohnsituation setzt viele außerstande von zu Hause aus Lehrangebote wahrnehmen zu können. Einerseits weil kaum Ruhe oder aber auch Platz für Lerninfrastruktur wie einen Schreibtisch vorhanden ist. Andererseits weil auf sehr engem Raum Zweckwohngemeinschaften gebildet werden. Nur ein sehr geringer Teil der Studierenden ist in der Lage sich eine eigene Wohnung zu finanzieren. Die schon jetzt andauernden Verbote, die Wohnung grundlos zu verlassen, führen zu einem großen psychischen Druck und

Konfliktpotential innerhalb bestehender Wohngemeinschaften, aber auch zwischen Eltern und Geschwistern von Studierenden, die noch zu Hause wohnen.

Zum anderen darf über den Möglichkeiten, die die Digitalisierung der Lehre mit sich bringt, nicht in Vergessenheit geraten, dass die Universität ein öffentlicher Ort ist, an dem Menschen zum Lehren und Lernen zusammenkommen. Dabei sollte insbesondere die Situation von Studierenden berücksichtigt werden, die im Sommersemester ihr Studium neu aufnehmen werden – zumal, wenn damit ein Umzug nach Frankfurt aus einer anderen Stadt einhergeht. Diesen Studierenden wird die Möglichkeit fehlen, soziale Kontakte zu knüpfen und sich im universitären Alltag zurechtzufinden. Es wäre naiv anzunehmen, dass sich diese Situation nicht auf das psychische Wohlergehen und letztlich auch auf die Prüfungsleistungen niederschlägt. Hieraus ergibt sich ein klares Chancenungleichgewicht. Ein solches Szenario lässt sich in der derzeitigen Lage zwar kaum umgehen. Durch die Einführung eines Nichtsemesters ließe sie sich vielleicht aber abfedern.

Studienleistungen aus dem Wintersemester 19/20

An der Goethe-Universität wurde die Abgabefrist für Haus- und Abschlussarbeiten ebenso wie für sonstige schriftliche Ausarbeitungen – mit Ausnahme von Staatsexamensarbeiten – bislang lediglich um 21 Tage verlängert. Bei anderen Hochschulen finden sich deutlich längere Abgabefristen. So hat die Wiesbadener Hochschule Rhein-Main die Frist für die Abgabe von laufenden Projekt- und/oder Abschlussarbeiten bereits pauschal um vorerst 4 Wochen verlängert.⁷ An der Justus-Liebig-Universität in Gießen gilt für alle schriftlichen Prüfungsleistungen (Hausarbeiten, Thesis etc.), deren Abgabedatum nach dem 16. März 2020 liegt, eine sechswöchige Fristverlängerung.⁸

Weitere Universitäten werden dem Umstand, dass die Bibliotheken geschlossen sind, in besonderem Maße gerecht. So hat die Universität Erfurt – „besonders mit Blick auf die Schließung der Bibliotheken“ – beschlossen, dass die Abgabefristen von Abschluss- und Hausarbeiten, die nach dem 16. März liegen, um acht Wochen ab ursprünglichem Abgabetermin verlängert werden.⁹ Auch die Hochschule Fulda räumt für Prüfungsleistungen die Möglichkeit ein, „die Bearbeitungszeit für die Dauer der Schließung, längstens jedoch für drei Monate, ruhen zu lassen“.¹⁰ An der Universität Duisburg-Essen werden die Prüfungsausschüsse gebeten, „eine Hemmung der Abgabefristen zu beschließen, die bis zur Wiederaufnahme des regulären Studienbetriebs, mindestens aber bis zum 19.4.2020 gelten. Das heißt, die Abgabefristen laufen in dieser Zeit nicht weiter, so dass mit Wiederaufnahme des regulären Studienbetriebs, der die Wiedereröffnung der Bibliothek und der PC-Pools umfasst,

der volle Rest der Frist wahrgenommen werden kann und den Studierenden somit keine Nachteile entstehen“.¹¹

Der AstA der Goethe-Universität hält es für zwingend erforderlich, die bisherige Fristverlängerung von gerade einmal 21 Tagen auszuweiten. Die oben beschriebenen Hemmnisse führen nicht nur dazu, dass Studierende von Zuhause aus keine Lehrangebote wahrnehmen können, sondern in besonderem Maße auch dazu, dass Prüfungsleistungen nicht erbracht werden. Deshalb müssen Abgabefristen mindestens für die Zeit der Bibliotheksschließungen ruhen. Da viele Studierende jedoch auch danach noch mit den Folgen der Auswirkungen zur Eindämmung des SARS-CoV-2 Virus zu kämpfen haben, sollte ihnen mit größtmöglicher Flexibilität begegnet werden. Sie sollten die Möglichkeit haben, die Bearbeitungszeit für bis zu 3 Monate ruhen zu lassen. ●

AStA FFM

- 1 In der BRD sind 5 Millionen Arbeitende ausschließlich geringfügig beschäftigt. Davon sind circa 2 Million, also etwas weniger als die Hälfte, Studierende. Siehe http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV91.pdf (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 2 <https://www.bmbf.de/files/21%20bafog%20bericht.pdf> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 3 <http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv/soz21haupt> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 4 <https://www.wg-suche.de/wg-zimmer-kosten>, <https://www.studis-online.de/StudInfo/Studienfinanzierung/wg-zimmer-mietspiegel.php>, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/preise-fuer-wg-zimmer-in-universitaetsstaedten-steigen-weiter-15766615.html> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 5 <https://www.bento.de/future/bafog-hoehst-satz-ist-fuer-studenten-viel-zu-niedrig-sagt-diese-studie-a-00000000-0003-0001-0000-000001398496> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 6 <https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief/> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 7 <https://www.hs-rm.de/de/hochschule/veroeffentlichungen/corona-information/faq#informationen-fuer-studierende-99997> (zuletzt abgerufen am 26.03.20)..
- 8 <https://www.uni-giessen.de/coronavirus/faq> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 9 <https://www.uni-erfurt.de/corona-info/> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 10 https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/Hochschulkommunikation/Meldungen_Startseite/2020/20-03-24-Info-Dokument-fuer-Studierende.pdf (zuletzt abgerufen am 26.03.20).
- 11 <https://www.uni-due.de/de/covid-19/info.php?id=1491> (zuletzt abgerufen am 26.03.20).

Statistische Quellen

Anzahl BAföG Beziehender:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/219/umfrage/anzahl-der-bafoeg-gefoerderten-studenten/>

Anzahl Studierender: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/219/umfrage/anzahl-der-bafoeg-gefoerderten-studenten/>

Sozialbericht: http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv/soz_21_haupt

Weitere Informationen

Arbeitsrecht

DGB Jugend: <https://jugend.dgb.de/meldungen/studium/++co++40e68ec6-6a8c-11ea-bae6-525400d8729f>

unter_bau: <http://unterbau.org/corona-forderungen>

Petitionen

Petition Bündnis für Soforthilfe für Studierende jetzt!: <https://studi-sofort-hilfe-corona.org>

Petition/offener Brief Nichtsemester: <https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief/>

Petition des Mietentscheid Bündnisses für Mietsenkungen während der Coronakrise: <http://chnng.it/CRR7dPfpJM>

Zum Nichtsemester

Studis in der GEW: <https://www.fzs.de/2020/03/19/gastbeitrag-die-hochschulbildung-in-zeiten-der-corona-krise-keine-nachteile-fuer-studierende-weder-in-der-bafoeg-vergabe-noch-durch-mangelhafte-online-kurse/>

Nachbarschaftshilfe

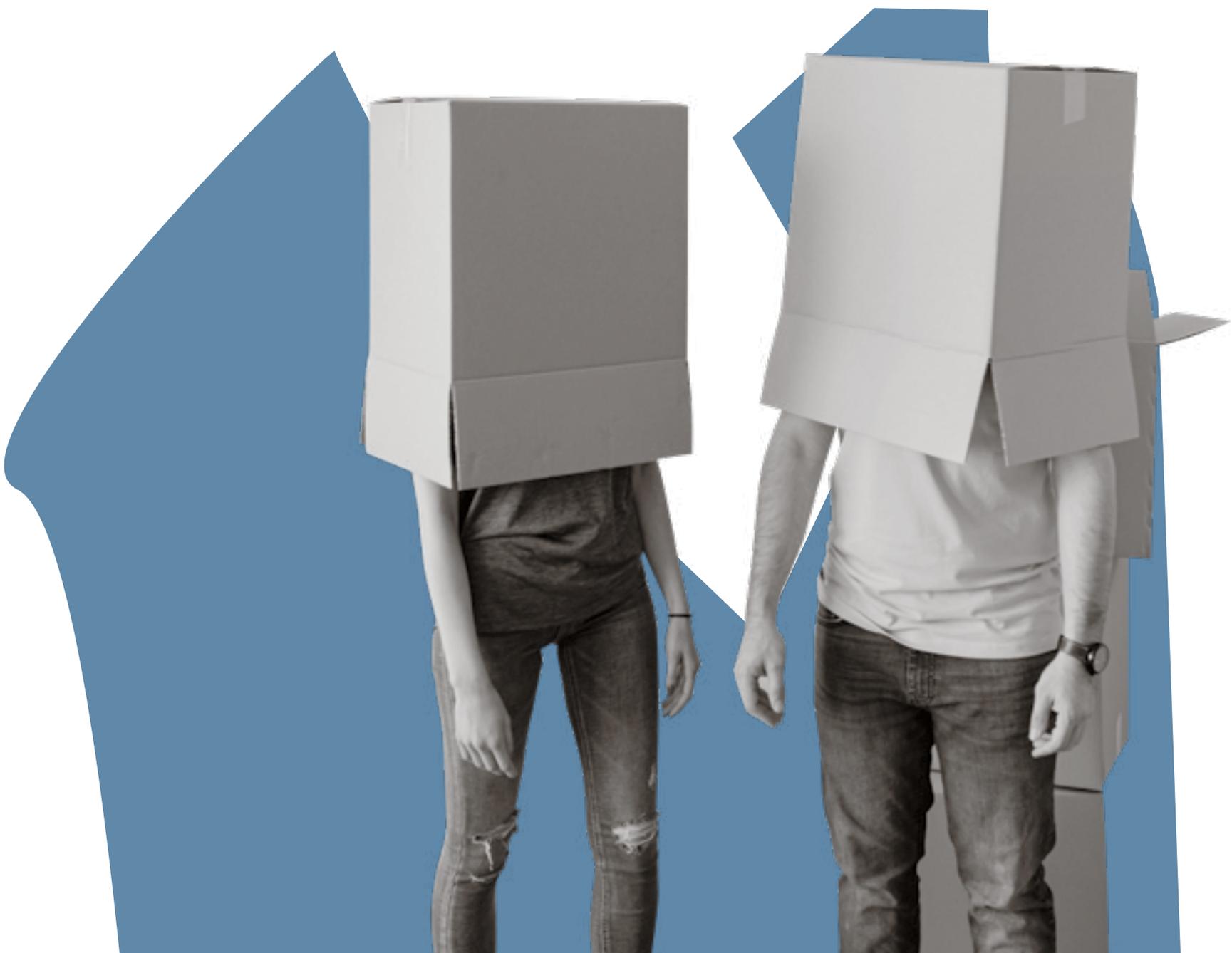
Frankfurt Corona Soli FFM:
<https://www.corona-soli-ffm.org>

Über aktuelle Entwicklungen bzgl. des Studiums informiert der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs): <https://www.fzs.de/>

Diese Informationen könnt ihr auch über einen Telegram

Chanel des fzs abrufen: <https://t.me/CoronaStadiumDeutschland>

Der Bundesverband Ausländischer Studierender (BAS) hat eine umfassende Stellungnahme veröffentlicht und darin Maßnahmen vorgeschlagen, um die besonders belastende Situation ausländischer Studierender abzumildern:
<https://bit.ly/3luoyPV>



Die politische Debatte aus der Quarantäne entlassen

Die Corona-Krise hat an der Goethe-Universität eine Debatte über sich verschärfende Missstände an der Universität und im digitalen Semester in Gang gebracht. Während Studierendenvertretung und Uni-Gewerkschaft weitreichende Forderungen für das Ausnahmesemester aufstellen, bleibt die Universitätsleitung bei Lippenbekenntnissen.

Es herrschen prekäre Arbeitsbedingungen im Mittelbau und bei den externen Angestellten der Universität. Studierende haben Schwierigkeiten die hohen Frankfurter Mieten zu zahlen, vor allem bei Jobverlust. Es ist fast unmöglich in Regelstudienzeit zu studieren und damit BAföG zu beziehen. All das läuft schon ganz ohne Corona, Krise und Pandemie ziemlich schief und hat sich jetzt zugespitzt. Auf diese Probleme haben schon zu Anfang der Krise in den ersten Tagen der Schock-Isolation im März sowohl die alternative Uni-Gewerkschaft unter_bau, als auch der AstA hingewiesen und umfangreiche Forderungskataloge veröffentlicht¹. Zentrale Forderungen waren und sind die Absicherung der Beschäftigten an der Universität und die Verlängerung befristeter Stellen, die Aussetzung der Regelstudienzeit, die Gewährung deutlich längerer Abgabefristen der Hausarbeiten und die finanzielle Unterstützung von Studierenden durch Bund und Länder. Tatsächlich machten Senat und Präsidium zu Beginn des Sommersemesters dann auch weitreichende Zugeständnisse und übernahmen zahlreiche Forderungen. So begrüße die GU „die vielfältigen Bemühungen [...] erfolgreiche Lehre auch unter Ausnahmebedingungen möglich machen“². Das klingt erstmal nach Rückenwind für die Forderungen aus Studierendenvertretung und Uni-Gewerkschaft, die konsequente Umsetzung steht aber noch aus. Bis auf kleine Zugeständnisse, wie die Verlängerung von Hausarbeiten-Abgabefristen, hat sich bis jetzt nämlich nicht viel getan³.

Besonders abstrus erscheint in dem Kontext eine Pressemitteilung von Mitte März, in der sich das Präsidium unter Zuhilfenahme zweier Fachschaftsmitglieder der Wirtschaftswissenschaften, anerkennend selbst auf die Schulter klopft und zum gelungenen, digitalen Semesterstart gratuliert⁴. Herausragend dabei vor allem die Ignoranz gegenüber den Schwierigkeiten von Studierenden und Lehrenden im digitalen Raum, den Überstunden leistenden IT-Mitarbeiter*innen der Uni und denjenigen die neben dem digitalen Studium noch Kinder zu betreuen haben, wie Mitglieder des unter_bau kritisieren⁵. Die fehlende

Präsenzlehre, der mangelnde Datenschutz bei Videokonferenzen wie Zoom, Jobverlust und die finanzielle Situation von Studierenden scheinen für die PR-Abteilung der Uni eher zweitrangig zu sein.

Eine Forderung, die sowohl von AstA als auch vom unter_bau erhoben wird, ist die nach stärkerer studentischer Mitbestimmung⁶. Klar, dass das Präsidium weit davon entfernt ist sie aufzugreifen, verteidigt die Uni doch hartnäckig ihre Vormachtstellung in allen politischen Entscheidungsgremien. Trotzdem trifft genau diese Forderung den wunden Punkt der ganzen Geschichte: wenn die Universität nur bei Lippenbekenntnissen verharrt und nicht für die Belange ihrer Studierenden und Beschäftigten eintritt, müssen die es eben selbst in die Hand nehmen. Auf die Großzügigkeit eines hierarchischen Apparates einer neoliberalen Universität kann man sich dabei sicher nicht verlassen.

Bis die selbstverwaltete Universität jedoch Wirklichkeit ist, steht die Leitung der Uni weiterhin in der Pflicht mindestens ihren Versprechungen wie der Aussetzung der Regelstudienzeit und der Verlängerung des BAföG nachzukommen und sich mit den weitreichenderen Forderungen aus der Belegschaft und der Studierendenschaft auseinanderzusetzen. Spätestens jetzt, da überall wieder Lockerungen zugelassen werden ist es an der Zeit auch die politische Debatte aus der Quarantäne zu entlassen. ●

Raul Rosenfelder

Frankfurt am Sein versteht sich als studentische Onlinezeitung. Sie wird von Studierenden für Studierende produziert. Wenn du dich als Journalist*in ausprobieren und unser Team unterstützen möchtest, melde dich bei uns: kontakt@frankfurtamsein.de
www.frankfurtamsein.de
facebook.com/FaSeOnline

1 <https://asta-frankfurt.de/aktuelles/forderungen-des-asta-wegen-corona>, https://unterbau.org/2020/04/19/semesterbeginn-aktualisierte-forderungen-zur-corona-krise-von-unter_bau/

2 <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/aktuelles/ausnahmesemester-erklarung-von-senat-und-praesidium/>

3 <https://ghsg-ffm.org/2020/05/28/erfolg-im-senat-hausarbeitenfristen-verlangert/>

4 <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/studium/virtueller-lehrbetrieb-im-ausnahmesemester-gelingt-immer-besser/>

5 <https://unterbau.org/2020/05/21/digitales-ausnahmesemester-nein-so-klappt-das-nicht/>

6 <https://asta-frankfurt.de/aktuelles/forderungen-studierenden-hessen-zur-durchfuehrung-des-digitalen-semesters>

NUDELN UND KETCHUP KOSTEN AUCH GELD - SOFORTHILFE FÜR STUDIS - JETZT!

Von Aluhüten und Anonymous-Masken: Die »Corona-Rebellen« in Frankfurt

Während der CoViD-19-Pandemie wurden zahllose Verschwörungsmythen zum Ursprung und der »Motivation« hinter dem globalen gesundheitlichen Notstand verbreitet. Auch in Frankfurt gingen teils hunderte auf die Straße – und fühlten sich im Widerstand. Ein Überblick über die Entwicklung und den aktuellen Zustand der verschwörungsideologischen Szene.



Sie tragen Alu-Bömmel, Anonymous-Masken oder Grundgesetze. Sie wännen sich im Widerstand gegen die kommende Diktatur. Sie bezeichnen Mund-Nasen-Bedeckungen als "Maulkörbe". Die Rede ist von jenen verschwörungsideologischen Gruppierungen, die während der Phase gravierender Kontaktbeschränkungen jeweils samstags in den deutschen Innenstädten die Revolution probten. Hier mischten sich Mythen von der antisemitischen Weltverschwörung, Fake News und Lügen mit dem sehr nachvollziehbaren Gefühl der Ohnmacht angesichts einer globalen Pandemie.

Es scheint paradox: hier demonstrieren Kleinbürger*innen gegen mangelnde Meinungs- und Versammlungsfreiheit, während sie selbst diese in demselben Moment ausüben und von Ordnungsbehörde und Polizei dabei weniger eingeschränkt werden als bei jeder angemeldeten linken Kundgebung. Die Corona-Verordnungen der Bundesländer trieben hier Menschen auf die Straße, die teils zuletzt bei der Pegida-Bewegung auf einer Demo waren – oder noch nie. Einige von ihnen kommen sogar aus linken Kreisen, aus der Friedensbewegung oder globalisierungskritischen Initiativen etwa. Nun demonstrieren sie Seit an Seit „für Grundrechte“ oder „für Demokratie“.

Die Seuche, das sind immer die anderen

Unter ihnen: um ihre Existenz besorgte Künstler*innen, Impfgegner*innen, Globalisierungsgegner*innen, Esoteriker*innen, christlich-fundamentalistische Freaks, Anhänger*innen der Reichsbürgerbewegung, Rechtspopulist*innen, Neonazis. Das Spektrum derer, die in den letzten Wochen und Monaten auf derartigen Demos auftauchten, ist weit. Ursprünglich initiiert vom rechten Medienaktivisten Henryk Stöckl versuchten auch AfD-Mitglieder bereits früh zu intervenieren. Dagegen scheint das Häuflein, das im August übrig blieb, geradezu harmlos.

Frankfurt, Samstag, Opernplatz

Die „Corona Rebellen“ organisieren sich über Telegram. Sie veranstalten Kundgebungen, brechen aber auch zu unangemeldeten „Spaziergängen“ auf. Dort werden verschiedene Ressentiments bedient: gegen „die da oben“, die „Eliten“ und auch gegen Migrant*innen, die angeblich den Virus eingeschleppt hätten. Eine Melange aus Antisemitismus und Rassismus, doch gleichzeitig wird auch nachvollziehbare Kritik geäußert: warum Fabriken nicht vom Lockdown betroffen waren etwa, oder Kritik an den miserablen Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen oder den Unterkünften von Erntehelfer*innen. Dazwischen dann wieder: dass die Pandemie nur gestellt sei, um den 5G-Ausbau zu verschleiern, die wahre Ursache der CoViD-Symptome. Inzwischen hat sich der Termin samstags um 14 Uhr am Frankfurter Opernplatz eingebürgert. Hier treffen sich die verbliebenen Reste der Bewegung und firmieren inzwischen unter der Bezeichnung „Querdenken69“ (nach der Telefonvorwahl 069).

Alles begann mit einer Heidelberger Rechtsanwältin. Beate Bahner, AfD-nahe Medizinrechtlerin, rief zum Widerstand gegen die von den Bundesländern erlassenen Corona-Verordnungen auf. Ihr Antrag wurde vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt, doch sie rief ihre Anhänger*innen auf, sich fortan jeden Samstag um 15:30 Uhr auf großen Plätzen in allen Städten zu versammeln und "für die Unantastbarkeit des Grundgesetzes" zu protestieren. Wenige folgten dem Aufruf, unter ihnen waren jedoch bereits so bekannte Gesichter wie der extrem rechte YouTuber Henryk Stöckl, der in der Anfangszeit den Protest in Frankfurt maßgeblich koordinierte.¹

In den folgenden Wochen bot sich stets dasselbe Bild: Stöckl, einstiges Mitglied der "Jungen Alternative" und nun Fake-News-Aktivist, streamte einige Stunden live vom Platz an der Alten Oper, interviewte das versprengte Dutzend, das sich dort zum Protest eingefunden hatte, und zog wieder ab. Der Immobilienkaufmann aus der Rhein-Main-Region betonte die angeblich diktatorischen Züge der Corona-Verordnungen. In geschichtsvergessener Manier bezeichnete er diese als "Ermächtigungsgesetz" und verharmloste damit den deutschen Nazifaschismus.

Die Verschwörungsideolog*innen begannen zusehends, sich zu organisieren, vor allem über Telegram-Gruppen. Mehrere konkurrierende Organisationen entstanden: das Parteigründungsprojekt "Widerstand 2020" (später „MainFrankfurtVerbindet“), Gruppen wie "Beweg was in Dir", "Corona Rebellen" oder "Querdenken69" (nach der Frankfurter Telefonvorwahl 069) luden zu zwischenzeitlich bis zu 4 parallel stattfindenden Kundgebungen und Spaziergängen. Zwischenzeitlich organisierte auch Zahid Khan (AfD) eine Kundgebung am Roßmarkt, die im ganzen Stadtgebiet per Flyer beworben wurde. Extrem rechte AfDler waren eingeladen – schließlich kamen weniger als 20 Personen.

Inzwischen ist es nur noch die Gruppe „Widerstand 4.0 – Frankfurt 5G-frei“, die sich samstags an der Alten Oper versammelt. Einige Dutzend Menschen lauschen hier wirren Reden, zuweilen spazieren sie ohne nennenswerte Außenwirkung anschließend durch die Innenstadt. Was die Agenda ist, nachdem nun viele der Corona-Beschränkungen zurückgenommen wurden, bleibt oft offen.

Alte Bekannte

Was sind das für Leute, die zu diesen Kundgebungen und "Spaziergängen" erscheinen? Es sind größtenteils weiße Deutsche mittleren Alters, davon viele Paare. Die soziale Struktur entspricht etwa den Fragida-Aufmärschen von 2016: es sind weniger organisierte Rechte, sondern vielmehr die berühmten "besorgten Bürger", die hier ihre dumpfen Ressentiments gegen "die da oben", "die Eliten" oder "die Fremden" auf die Straße tragen.

Kein Wunder also, dass auch alte Bekannte vor Ort sind: Heidi Mund etwa, einstige Fragida-Organisatorin, tauchte bereits Ende April auf den unangemeldeten Versammlungen auf dem Opernplatz auf, zu denen Henryk Stöckl dort aufgerufen hatte. Oder auch Hajo Köhn, vormalig

bei den globalisierungskritischen Initiativen Attac und Occupy sowie der äußerst zwielichtigen "Initiative Neue Geldordnung" und dort bereits wegen verkürzter Kritik aufgefallen, und nun bei "Widerstand2020", später "MainFrankfurtVerbindet", federführend mitmischte.

Carsten Härle, extrem rechter AfDler aus Heusenstamm, lief ebenso mit wie Michael Beyerbach, der aus der AfD-Kreistagsfraktion im Hochtaunuskreis geflogen war, nachdem er in einem Facebook-Post gegen die Presse gehetzt hatte. Jetzt schwang er sich zum Wortführer der Frankfurter "Corona Rebellen"-Telegramgruppe auf.

Es ist selbstredend kein Zufall, dass sich extreme Rechte auf den "Hygiene-Spaziergängen" tummeln: hier werden Verschwörungsideologien verbreitet, die Schnittmengen zu rechten Weltbildern aufweisen. Verschwörungsideologien weisen oft antisemitische (etwa eine angebliche Steuerung der Pandemie durch Jüd*innen) oder rassistische Motive (etwa indem Migrationsbewegungen für die Pandemie verantwortlich gemacht werden oder zugeschriebene Eigenschaften im Sinne eines antisemitischen Rassismus) auf. Zudem wird oft der historische Nazifaschismus relativiert

Am 2.5. war ein Mann in Frankfurt unterwegs, der im Stil eines "Judensterns" aus dem Nazifaschismus einen gelben Davidsstern mit der Aufschrift "zu Impfen" trug. Damit relativiert er die faschistische Tyrannei und den millionenfachen Massenmord an Jüd*innen während des Nazifaschismus. Einige Wochen später zeigten zwei junge Männer ein Transparent mit der Aufschrift „Heimatschutz statt Mundschutz“, offenbar sympathisieren sie mit den neofaschistischen „Identitären“, die ein gleichartiges Banner wenige Tage zuvor Wien gezeigt hatten.

Regressive Kritik, überall

Einziger gemeinsamer Nenner der verschiedenen Gruppierungen, die zwischenzeitlich in Frankfurt demonstrierten: die Ablehnung der staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie. Die Motive dahinter sind freilich höchst verschieden: Sorgen um die eigene Existenz etwa, die durchaus verständlich sind, sich aber mit hanebüchernen Verschwörungsmethoden verbinden. Slogans wie „Gib Gates keine Chance“ oder Schilder gegen die „Rothschilds und Rockefeller“ zeigen, wie hier antisemitische Codes verbreitet werden. Dabei geben sich die Demonstrierenden den Gestus der „Querdenker“, die das große Spiel durchschaut zu haben glauben, gegen „Eliten“

und die ohnehin lügnerischen „Mainstream-Medien“. Anerkannte Experten wie der Virologe Christian Drosten zählen da nichts, stattdessen werden „alternative“ Medien und der „gesunde Menschenverstand“ gegen dessen wissenschaftliche Expertise in Stellung gebracht. Es sind die von Adorno beschriebenen „konformistischen Rebellen“, die sich gegen „das System“ erheben und doch wollen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Diese Form regressiver Kritik ist selbstredend nicht alternativlos. Die kapitalistische Krisenpolitik, die Großindustrie von Corona-bedingten Schließungen ausnahm und die Lufthansa rettete, statt im Gesundheitssystem arbeitende Menschen zu entlasten, ist falsch und war nie richtig. Zu wenig finanzielle Hilfen für ohnehin Prekarierte, für den sozialen Bereich oder Kulturbetriebe zeigen, dass falsche Prioritäten zugunsten der „Rettung“ einiger Großunternehmen gesetzt wurden. Der Linken ist es in der Krise bislang nicht gelungen, wirksamen Protest dagegen zu organisieren, auch wenn es – etwa unter dem Hashtag #nichtaufunseremrücken oder im Rahmen des 1. Mai – durchaus gute Ansätze gab. Schließlich gilt, wie Daniel Kulla formulierte: „Die beste Entschwörung ist Klassenkampf“!²

Im Protest versunken

Nachdem am 16. Mai erstmals antifaschistische Gruppen unter dem Motto „Aufklärung statt Verschwörungsideologien“ zu Gegenprotesten in die Innenstadt mobilisierten, stellten sich in den folgenden vier Wochen jeden Samstag jeweils hunderte den „Hygiene-Spaziergängen“ entgegen. Besonderer Fokus der Mobilisierungen lag dabei darauf, „Spaziergänge“ zu unterbinden, den Hetzer*innen keine ruhige Minute zu gönnen und zugleich Aufklärungsarbeit über extrem rechte Akteur*innen innerhalb der „Corona Rebellen“ zu isolieren, über die per Flyer und Plakat informiert wurde.

Schließlich waren es insbesondere die anti-rassistischen Proteste der „Black Lives Matter“-Bewegung, die die verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden ließen. Teilweise standen sie einander direkt gegenüber und Teilnehmende der BLM-Demos unterstützten den direkten Protest gegen Verschwörungsideologien und rechte Hetze.

Es ist nicht einfach

Vereinfachte Welterklärungen sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Im Falle einer zweiten Welle der Pandemie mit erneuten Einschränkungen des alltäglichen Lebens könnte es auch zu einem neuen Aufkommen der verschwörungsideologischen „Protest“-Kundgebungen kommen. Ob sie dann mehr Zulauf haben werden, bleibt abzuwarten; möglicherweise wird auch lediglich die Gleichgültigkeit viele gegenüber den Maßnahmen wachsen. Doch die Szene wächst. KenFM, Rubikon, Attila Hildmann und Xavier Naidoo sind nur einige prominente Akteure, die sich mit dieser Mischung aus extrem rechtem Gedankengut und Verschwörungsgeraune nebst dem Gestus des Subversiven identifizieren. Und beim nächsten unvorhergesehenen Ereignis mit großen Auswirkungen könnten sie wieder ihre eigene Deutung der Dinge aus dem Hut ziehen und versuchen, Verschwörungsideologien zu verbreiten. Beim nächsten Mal wird die Linke besser vorbereitet sein müssen und schneller ihre eigene Politik in die Öffentlichkeit zu tragen in der Lage sein: Heraus aus der Defensive! ●

Initiative Aufklärung statt Verschwörung

Über die Autor:in:

Die Initiative »Aufklärung statt Verschwörungsideologien« beobachtete bereits seit Anfang April die Versuche aus dem rechten und verschwörungsideologischen Spektrum, Proteste gegen die Corona-Verordnungen zu organisieren. Als die Proteste am 9. Mai deutlich größere Ausmaße annahmen, organisierte die Initiative zum engagierten antifaschistischen Gegenprotest, der schließlich dabei half, die »Corona Rebellen« zu marginalisieren und zu großen Teilen aus Frankfurt zu vertreiben.



1 <https://asvi.noblogs.org/post/2020/05/10/henryk-steockl/>

2 <https://www.classless.org/2020/05/11/die-beste-entschwörung-ist-klassenkampf/>

Uni als »Ort der Begegnung«?

Drei Perspektiven auf die Ausnahmesemester

Von Sebastian Fritz, Dr. Yanti Hölzchen und Mark Schoder

Ausnahme-Gewissheit im März

»Um ihren Beitrag zur Begrenzung des Coronavirus zu leisten, wechselt die Goethe-Universität ab heute in einen anderen Modus. Wir vermeiden zunächst bis zum 20. April alle Präsenzveranstaltungen. «Flatten the Curve» lautet die Empfehlung der Wissenschaft. (...) Bitte fallen Sie nicht auf Gerüchte und fake news herein.« (16.03.2020: Corona: Informationsschreiben der Präsidentin zu Maßnahmen der Goethe-Universität)

S Noch bevor die Nachricht der Universitätsleitung mein Mailfach erreicht, hatte ich, aufgrund einer Vorerkrankung, mit meiner Ärztin telefoniert. Ein Schock und die Gewissheit, dass ich jetzt zur Risikogruppe gehöre. Die Fragen überschlagen sich, wie werde ich jetzt den Sommer verbringen, Wie läuft das Sommersemester, Was bedeutet diese Risikogruppe für mich und meinen Alltag.... In der Schleife der Ungewissheit gefangen, fällt die Motivation in den Keller. Die Vorfreude auf ein Sommersemester, wie man es sich vorgestellt hat verschwindet und schlägt um, in eine Überforderung und lähmende Haltung. Eine lähmende Haltung, die retrospektive betrachtet, vielleicht gar nicht so viel anders ist, als sonst. Und trotzdem hat sich der Alltag verändert, die Risikogruppen bleiben bestehen, solange bis genügend Erkenntnisse über Corona vorhanden sind. Von nun an, war für mich Corona allgegenwärtig und ich aktualisierte den „Live-Ticker“ viel zu häufig.

Y Gerade erst bin ich aus dem Urlaub aus dem Lockdown zurückgekehrt. Während wir in Spanien das Haus tagelang nicht verlassen durften, spielt sich in Deutschland auf den Straßen noch tummelnd das Leben ab. Ein Kontrast zu den menschenleeren Gehwegen am Atlantik.

Zurückkommen in ein Home-Office. Das war absehbar. Ich fühle mich träge, muss die Anspannung der letzten Tage erst noch verarbeiten. Doch die Ankündigung des Online Semesters macht nervös. Wie soll ich nun meinen Studierenden Methoden zur empirischen Feldforschung in einem virtuellen Raum vermitteln? Werden sie überhaupt ihre Studien im Ausland durchführen können? Wie kann ich meinen bisherigen Seminarplan auf ihre Bedürfnisse, ihre Fragen, meine Ansprüche umstellen?

Viel drängender ist die Frage, ob alles mit der Technik überhaupt hinhaut – die universitätseigenen Programme haben sich bisher nie gegenüber großer Konzerne behaupten können. Stundenlanges Einarbeiten in OLAT, Vidyo, Mediadesktoprecorder – dauert länger als die Seminarplanung selbst. Und am Ende? Immer noch Unsicherheit...

M So ist also Gewissheit: Das Ausnahme-Semester steht vor der Tür, die Alltagswelt verschiebt sich ruckartig mehr ins Virtuelle und die Vorfreude weicht zuungunsten zerplatzter Seifenblasen der Grüneburgpark-Mate, des Campus-Sehens und Gesehen-Werdens und des Mensa-Essens (ich weiß, dass das Mensa-Schimpfen als ‚chic‘ empfunden wird und oute mich hiermit explizit als Fan der Mensa-Angestellten und ihres Kochhandwerks). Schon jetzt erwarte ich ein seltsam gedämpftes, taubes Semester: Normalerweise blickt man Ausnahmen von der Regel gebannt, oft vorfreudig entgegen, doch werden die nächsten Monate – befürchte ich beim Blick in die Glaskugel – nur leise vor sich hinplätschern; die Zeit allein am Rechner zu oft grau und zäh an mir vorübergleiten. Schon knarzen und quietschen die Stühle vor den Laptopkameras, wie sie zusammenrücken und dem Motto des Universitätspräsidiums Folge leisten: „Auf allen Ebenen der Universität [...] müssen Flexibilität und Rücksichtnahme zu zentralen Richtlinien des Handelns werden“.

Die Augenringe werden tiefer

»Die Lehre muss weiterhin überwiegend in virtueller Form stattfinden; es ist nicht erkennbar, dass sich dies kurzfristig ändern wird. Wir rechnen mittlerweile damit, dass sich dies in das Wintersemester hinein fortsetzt.« (15.05.2020: An die Studierenden der Goethe-Universität Frankfurt am Main).

»Wir wollen nicht, dass die Goethe-Uni zum Heinsberg des Rhein-Main-Gebietes wird« (04.06.2020, Präsidentin Wolf im Uni Report)

S Während des Semesters sollte ich nun auch meine Altlasten an Hausarbeiten abarbeiten, dies gelang mir jedoch überhaupt nicht. Zudem musste ich für die Zeit von Mitte März bis Mitte Mai wieder bei meinen Eltern einziehen. Auch wenn diese Phase heute beendet ist, so gehöre ich immer noch zur Risikogruppe. Meine Altlasten an Hausarbeiten habe ich in dieser Zeit, schleppend und auch erst, dank der Wohnsituation, wieder in ein gesünderes Maß reduzieren können. Ich befinde mich in einem arbeitsfähigen Alltag wieder, der nach der ständigen Fragerei und Ungewissheit über die Zugehörigkeit zur Risikogruppe und was diese für mich bedeutet, aus reduziertem Arbeitsumfang an Uni-Aufgaben besteht. Die Arbeitsbelastung und der Druck abzuliefern bleibt jedoch bestehen, auch ein arbeitsfähiger Alltag ist im Kreisel der Maschine von Abgaben und Fristen gefangen. Ein Abbruch kommt für mich jedoch nicht in Frage, ein Eingeständnis meinerseits, lieber leidet die Qualität als ans Aufhören zu denken. Allein die Nähe zur Uni, zu Kommilitonen*innen, scheint mich in arbeitswilligere Gemütszustände zu bringen. Mit dem Fahrrad sind es 15 Minuten zum Campus, auch wenn es hier nun meist menschenleer ist, empfinde ich es als eine Bereicherung und als einen Ort an dem ich mich als Student zuhause fühle. Jetzt gibt es sie wieder, die zufälligen Begegnungen auf dem Campus oder Verabredungen. Die Arbeitsatmosphäre hängt wohl auch von Auszeiten ab, ob bei Mate, Kaffee oder Uni-Sport.

Y Die ersten Seminarstunden haben stattgefunden – per Zoom, Vidyo wäre viel zu überlastet. Obwohl die Ansage „asynchron vor synchron“ ständig wiederholt wird, treffe ich meine Studierenden wöchentlich für eine Stunde online. Der direkte Austausch, wenn auch reduziert, ist mir wichtig. Trotzdem: Die Diskussionen sind schleppend, der Blick in viel zu nah gezoomte Gesichter, WG-Küchen oder einfach nur leere Kacheln mit einem Namen – gewöhnungsbedürftig. Über- oder unterfordere ich sie? Im wöchentlichen Flurfunk mit den Kolleg*innen per Vidyo „tauschen wir uns aus“. Wie es jeweils so läuft, wird gefragt, die Antworten fallen oberflächlich aus. „Gut“ ist durchgehend die Antwort, das goldene Maß ist die Tatsache, dass die Studierenden brav ihre Aufgaben bearbeiten und in OLAT hochladen. Ist es wirklich so einfach?

Die Antwort darauf kommt Mitte Mai. Mich und andere Dozent*innen erreicht eine E-Mail der Studierenden: Die Arbeitsbelastung sei höher als sonst, manche könnten den Mehraufwand nicht stemmen, insbesondere diejenigen, die (noch) ihren Nebenjobs nachgehen können. Manche, so schreiben sie, dachten bereits an den Studienabbruch. Die Nachricht schockt mich – und beruhigt mich zugleich. So kann ich mit ihnen ins Gespräch treten. Und vor allem: Es geht ihnen in anderen Seminaren, bei anderen Lehrenden, ebenfalls so.

M Zugegeben, Heinsberg 2.0 wäre doof, und ja, messbare Erfolge kreativer Transformationen von Präsenzlehre in digitale Räume finden sich zu Genüge. Der Mensch jedoch, der in alltäglich entlastenden Umgängen zwischen zwei Seminaren sein Wohl finden kann, er gerät in dieser Zeit etwas verschütt: Nur selten entstehen wahrlich Resonanzräume zwischen einander, wie wir Studierenden doch in aufgebauchten Kostümen des akademischen Habitus vor die Webcams treten und unsere asynchronen Podcasts produzieren – wir bekommen kaum etwas von alltäglichen Lebenswelten mit. Auch keine Kochbende, Kartenspielen im Park, alltäglicher Kummer, Campus-Grüß-Bekanntschäften, und ja, auch das Fehlen der Mensa-Damen. Die horizontalen Drähte, die Zwischentöne, sie bleiben recht stumm. Dabei laufen die Drähte vertikal regelrecht heiß: Abgaben, Fristen, Lesenlesenlesen, um die Post-Bologna-Produktionsmaschine „Uni“ zu füttern. „Wir brechen unser Studium ab, wenn das Arbeitspensum derart hochbleibt!“, ruft es nun schon vereinzelt aus dem Studierendenwald – das betreffe ALLE! Der Borkenkäfer der Corona-Ungewissheit nagt an den studentischen Nerven, frisst Praktikumspläne und Jobperspektiven. Botschaften einer arg herbeigesehnten, doch reduktionistisch anmutenden „Einheit“ einer monolithischen Studierendenschaft werden eilig an die Professor*innen weitergeleitet – sozusagen die Förster*innen in dieser Metapher. Diese legen nicht gezielt die Axt an, sondern reagieren aus Furcht und vorauseilendem Gehorsam mit einer präventiven Lernstoff-Brandrodung. Die balancierte Mitte, sie fehlt.



Ausnahme wird zur Regel – was machen wir daraus?

»Im Wintersemester 2020/2021 wird erneut der virtuellen Lehre der Vorzug gegenüber der Präsenzlehre gegeben werden müssen. Die Einschätzung der Pandemielage lässt keine andere Planung zu, so sehr wir das auch bedauern. (30.07.2020: Semesterabschluss und Blick auf das Wintersemester 2020/21)

S Ein oder mehrere Ausnahmesemester, ein beängstigendes und lähmendes Gefühl, allein daran zu denken. Die inzwischen nicht mehr ganz so neue Situation, schleicht sich weiter ein, zu einem neuen Alltag. Nun solche und ähnliche Geschichten kann mit Corona vermutlich jede*r erzählen, ein „verbindender“ Einschnitt in unser aller Leben. Das Gemeinsame hat jedoch gerade gefehlt, auch wenn wir gemeinsam die Corona Zeit erleben, so erleben wir sie doch alle in unserem Mikrokosmos. Die Überschneidungspunkte fehlen, wenn jede*r an seinem Schreibtisch sitzt. Nun gilt es die Vorbereitungen für ein neues, zweites Ausnahmesemester zu gestalten und solche Geschichten zu hören und auf die bereits veränderten Strukturen anzupassen. Erste Erfahrungen wurden ja bereits während des Semesters umgesetzt, doch gilt es noch viele Geschichten zu hören und gemeinsame Schlüsse zu ziehen und nicht aufzuhören Veränderungen und Anpassungsprozesse, gemeinsam, anzugehen. Diese Auseinandersetzung würden wir auch ohne Corona führen, jedoch gerade jetzt ist es noch wichtiger, da es keine sonstigen Überschneidungen und Begegnungen zwischen Studierenden und Lehrenden gibt.

Y Die E-Mail war eine bedeutende Wende. Das konstruktive Gespräch mit den Studierenden hatte mir Sicherheit gegeben, ich wusste nun, dass meine Anpassung des Seminarplans den Kapazitäten seitens der Studierenden besser entsprach. Und so konnte auch ich viel selbstbewusster auftreten. Meine Wahl von „synchron zusammen mit asynchron“ erwies sich als Stärke, die Arbeit in Kleingruppen wurde wiederholt begrüßt, an den freiwilligen Zoom-Meetings nahmen jedes Mal alle Studierenden teil. Die Sehnsucht nach möglichst persönlichem Austausch – offensichtlich. Ein bisschen Regelmäßigkeit und Alltagstrott schien bei uns allen angekommen zu sein. Für mich war es fast Alltag wie sonst – Arbeiten im Büro, Austausch mit Kolleg*innen im Gang. Doch für die Studierenden? Für sie liegt nach wie vor die Ungewissheit in der Luft, ob sie ihre Auslandsaufenthalte im Winter durchführen können, ob sie ihr Studium bei weiteren Ausnahmesemestern überhaupt finanzieren können. Die Unileitung dankt für die Kooperation seitens der Lehrenden wie auch der Studierenden – hatten wir denn überhaupt eine Wahl?

M Wie man es dreht und wendet, so bleibt – zwischen zwei Ausnahmesemestern – ein ambivalentes, schales Gefühl, dass der studentische Sommer ein gleichzeitig unterwie überforderndes lebensweltlich (nicht studiumsinhaltlich!) „auf-der-Stelle-Treten“ war. Zu selten fand man einen guten Flow in florierenden, geteilten Beziehungen mit Kommiliton*innen, dem angenehmen „Dazwischen“ des Gemeinsamen. Wie wird es weitergehen?

Schon jetzt werden Schlüsse gezogen, die hoffentlich auf die eine oder andere Art in geglückte Taten umgesetzt werden: Mehr Asynchronität der Seminarstruktur bei gleichzeitigem Spicken mit synchronen Gruppen- oder Partner*innenarbeit; offene Räume für studentische Anliegen und sensible weil ko-produzierte Leitplankensetzung von Anforderungen. Winter is coming, doch die Essenz studentischer Erfahrungen scheint seit Juni angekommen zu sein... ●

»Es ist [...] besonders deutlich geworden, welche Funktion und welchen außerordentlichen Wert das Prinzip der Präsenz für die Universität hat.

[...]

Für die Frankfurter Goethe-Universität ist und bleibt die Universität ein Ort der Begegnung.«

(18.06.2020: Gemeinsame Erklärung von Senat, Dekann*innenrunde und Präsidium zur Präsenzlehre an der Goethe-Universität)



Konkrete Solidarität vor allem mit Geflüchteten

– AStA und GEW fordern
konkrete Maßnahmen
statt Symbolpolitik!

Angesichts der Corona-Krise vertreten wir einerseits nach Kräften die Interessen der Studierenden und der Beschäftigten der Goethe-Universität, andererseits sehen wir uns verpflichtet, die fundamentalen sozialen Schieflagen, die sich derzeit verdeutlichen und verschärfen, in unsere politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen.



1.

In Folge des anlaufenden so genannten ‚digitalen Semesters‘ ist besonders hervorzuheben, dass viele Studierende neben dem Studium kurzerhand Tätigkeiten aufnehmen mussten, um zumindest die Versorgung mit Lebensmitteln sowie Mietzahlungen weiterhin gewährleisten zu können. Diese soziale Notlage geht Hand in Hand mit einer Verknappung der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze und wird dadurch noch weiter verschärft. Das Angebot Studierenden Kredite zu gewähren, wird mittelfristig nicht zu einer Entlastung, sondern nur zu einer weiteren Verschuldung der Studierenden führen. Statt Krediten werden Soforthilfen benötigt, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Der „Nothilfefonds“ der hessischen Landesregierung, der in Not geratene Studierende durch eine einmalige Zahlung von 200 € unterstützen sollte, war nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Bereits nach wenigen Stunden war der Fonds ausgeschöpft, erreichte nur einen winzigen Teil der hessischen Studierendenschaft. So standen dem Studenten[sic]werk Frankfurt am Main gerade einmal finanzielle Mittel für 430 Anträge zur Verfügung – also für weniger als 1% der Studierenden der Goethe-Universität. Zudem deckt der Betrag von 200 € nicht einmal 40% der durchschnittlichen Kosten für ein WG-Zimmer und geht somit völlig an der Lebensrealität der Studierenden vorbei.

Die an der Goethe-Universität Beschäftigten sind mit einer Reihe von Verschlechterungen konfrontiert. Lehrende sind vor die Herausforderungen digitaler Lehre gestellt, oft ohne die nötige technische oder didaktische Unterstützung; administrative Beschäftigte sollen nun alles digital erledigen, ohne dass hierfür bisher Prozesse und oft auch die technischen Voraussetzungen oder Vorwissen bestehen; während die einen im Home-Office am Bildschirm arbeiten, müssen andere täglich vor Ort sein und die Gebäude putzen. Gerade die Lage der Beschäftigten mit Kindern ist besonders prekär, da die meisten von ihnen ihre Kinder zuhause betreuen – neben und oft während ihrer Arbeit. Eine familienfreundliche Unterstützung sehen wir nicht gegeben. Hier muss schnellstmöglich eine Entlastung gewährleistet werden. Angesichts der immer noch zutiefst ungleichen Verteilung von Sorgearbeit in unserer Gesellschaft wundert es auch kaum, dass sich erste Hinweise auf die sinkende wissenschaftliche Produktivität von Frauen in der Krise verdichten: Denn wer sich um die Kinder kümmert, publiziert weniger. Es zeigt sich jetzt schon deutlich: Die Krise wird sich nachhaltig negativ auf den gender gap an den Universitäten auswirken.

2.

Angesichts der sich häufenden Erklärungen, Begründungen und Einschätzungen widersprüchlicher Art ist es ausgesprochen schwierig, eine klare Position zum Ausmaß der Krise zu beziehen. Eine öffentliche und demokratische Diskussion, insbesondere auf wissenschaftlichem Gebiet, ist unverzichtbar. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist aber unstrittig: Die notwendige Kritik an der jahrzehntelangen, am Profit orientierten Umstrukturierung des Gesundheitswesens. Insbesondere der „Pflegenotstand“, die Bezahlung des Pflegepersonals in Krankenhäusern und Pflegeheimen und ihre prekären Arbeitsbedingungen sind ein einziger Hohn angesichts der heuchlerischen Lobeshymnen auf dieses Personal.

Unstrittig ist auch, dass katastrophale Versäumnisse in der Vorsorge auf eine Pandemie zu verzeichnen ist. Die für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen haben es trotz warnender Berichte versäumt, insbesondere für die Krankenhäuser ausreichend Schutzkleidung zu organisieren und Vorräte anzulegen – kurzum: eben das zu tun, was zum Katastrophenschutz nötig ist. Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Krise gab es diesbezüglich genügend warnende Berichte. Bis heute ist für das Arzt- und Pflegepersonal nicht ausreichend Schutzkleidung vorhanden.

In der Krise wurde nun mit dem Begriff „systemrelevant“ bezeichnet, was im Zentrum unserer Gesellschaft stehen sollte: Die Sorge um das Leben, um die Gesundheit von Menschen. Diese müssen auch nach der Krise im Zentrum der gesellschaftlichen Neuorientierung stehen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Initiative der Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen am Uniklinikum und die von ihnen gestartete Petition an die zuständigen hessischen Minister*innen.

3.

Politische und betriebliche Mitbestimmung und Organisation stehen in Zeiten der Krise vor besonderen Herausforderungen. Präsenztreffen sind nicht möglich, nicht alle Diskussionen können auf Telefon- oder Videokonferenzen verlagert werden, die technische Umsetzung ist nicht immer unproblematisch und für alle barrierefrei zugänglich – und Menschen, die den unmöglichen Spagat zwischen Lohnarbeit und Kinderbetreuung halten müssen, sind allein aus Zeitgründen oft kaum in der Lage, sich einzubringen. Wir mussten zudem mit Erschütterung feststellen, dass gerade in der Zeit, in der die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland flächendeckend eingeschränkt werden und eine kritische Auseinandersetzung nötiger denn je ist, unter Verweis auf gesundheitspolitische Notwendigkeiten jegliche Demonstrationen und Versammlungen als „verboten“ erklärt wurden.

Am Frankfurter Mainufer bildeten am 5. April Aktivist*innen der Seebrücke unter Einhaltung des Distanzgebots eine lockere Menschenkette, um angesichts der Gefahr durch Corona dringend die Evakuierung von Geflüchteten aus den griechischen Lagern einzufordern. Die Polizei löste die Aktion unter Verweis auf das Infektionsschutzgesetz und die Anti-Corona-Verordnungen des Landes auf. Unser Eindruck ist: Die Einzige, die sich nicht an diese Richtlinien gehalten hat, war die Polizei bei ihrem Einsatz selbst. Wir stellen mit Erleichterung fest, dass zwischenzeitlich das Bundesverfassungsgericht gegen die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden klargestellt hat, dass es keineswegs ein generelles Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel gibt. Protest muss auch in Zeiten von Corona möglich bleiben!

4.

Die Krise trifft die Schwächsten am härtesten. Besonders schutzbedürftig sind wohnungslose Menschen und Geflüchtete, die hier in Frankfurt auf der Straße oder in der B-Ebene des Eschenheimer Tors übernachten oder unter teilweise katastrophalen Hygienestandards in Sammelunterkünften leben. Sie brauchen eine Unterkunft, ein Zuhause, um sich vor einer Corona-Infektion schützen zu können.

Ganz besonders empörend ist die katastrophale Lage in den Flüchtlingslagern in Griechenland. Unter den Bedingungen der Corona-Krise ist es zynisch Menschen ohne Rücksicht auf die massive Ansteckungsgefahr in Flüchtlingslagern auf engstem Raum und unter unwürdigen Bedingungen zusammenzupferchen. Gleichzeitig ist das Grundrecht auf Asyl in Europa und damit auch in Deutschland faktisch aufgehoben: Alle Grenzen sind geschlossen. So forderte das Bundesinnenministerium einen Stopp der privaten Seenotrettungsaktivitäten im Mittelmeer – im Wissen darüber, dass im Mittelmeer nach Angaben von Flüchtlingsorganisationen seit 2015 über 20.000 Menschen ertrunken sind.

Wir betonen: Kämpfen müssen wir gegen die Fluchtursachen, niemals aber gegen die Geflüchteten. Die Aufnahme von lediglich 50 unbegleiteten Minderjährigen aus den Lagern in Griechenland ist reine Symbolpolitik. Frankfurt verfügt über Erfahrung in der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten, Personal und Unterkünfte stehen bereit. Gerade in der Krise brauchen wir keine Symbolpolitik, sondern konkrete Solidarität: durch entschlossenes Handeln. ●

Gemeinsame Stellungnahme
des AstA und der Betriebsgruppe
der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft der Goethe Universität

Prekarität in Zeiten der Krise

Ein Interview mit der
Hochschulgewerkschaft unter_bau

Die Hochschulgewerkschaft unter_bau hat am 13.03. mehrere Forderungen an das Präsidium der Goethe-Universität gestellt, welche aufkommende Probleme für Studierende und Beschäftigte während der Corona-Pandemie aufzeigt (siehe letzte Ausgabe). Seitdem beschäftigt sich die Hochschulgewerkschaft regelmäßig mit den Auswirkungen des Ausnahmezustands auf Arbeits- und Studienbedingungen. Wir haben mit Anna von unter_bau über Alltagserfahrungen aus der Corona-Krise, den Zusammenhang der neoliberalen Hochschule und ihrer Krisenpolitik und die Rolle der Hochschulgewerkschaft in aktuellen Arbeitskämpfen gesprochen.

Was hat euch dazu veranlasst die Corona-Situation zu politisieren? Welche konkreten Erfahrungen habt ihr von Studierenden oder Mitarbeitenden mitbekommen?

Wir sind ja eine Basisgewerkschaft, was eben bedeutet, dass wir nicht alle paar Jahre mal, wenn Tarifverhandlungen sind, auftreten, sondern immer an der Uni präsent sein wollen, um an den Alltagsproblemen unserer Mitglieder anzusetzen und konkrete Verbesserungen zu erkämpfen. Da war es natürlich klar, dass sich mit der Corona-Pandemie nochmal viele Probleme verschärfen. Dadurch, dass wir Mitglieder in allen Statusgruppen haben, konnten wir ziemlich schnell einen Überblick gewinnen, welche Probleme jetzt tatsächlich am drängendsten sind. Da haben wir dann ganz unterschiedliche Berichte bekommen: Zum Beispiel von einer Promovendin, die im Covid-Labor arbeitet, und für die Fernarbeit bedeutet hat, dass sie nicht mehr die Rechner im Institut benutzen konnte. Selber hatte sie nur einen uralten Laptop, der mit dem großen Datenvolumen ihrer Forschungen überhaupt nicht klargekommen ist.

„Insgesamt hatten wir den Eindruck, dass zwar einige Probleme Pandemie-spezifisch waren, aber dass sich insgesamt schon bestehende Probleme nochmal verschärft haben“

Ein riesiges Problem für viele Leute war natürlich die Überlastung durch die plötzlich neu zu organisierende Kinderbetreuung, gerade bei jungen Wissenschaftler*innen mit Kindern lag erst mal alles flach. Bei Studierenden und Lehrenden war außerdem die Umstellung auf die digitale Lehre ein großes Thema. Es war ja bis kurz vor Semesterbeginn nicht klar, wie das Sommersemester und die Lehre tatsächlich aussehen würden.

Dementsprechend mussten Lehrende von jetzt auf nachher das ganze Semesterprogramm umstellen, was sehr viel zusätzliche Arbeit war. Der Druck war bei allen groß und führte manchmal zu Missmut zwischen den Statusgruppen: Studierende haben ebenfalls von einer wachsenden Belastung berichtet, sie waren in Seminaren häufig mit zu vielen Aufgaben und ständigen Abgaben konfrontiert. Da hat es an Austauschmöglichkeiten gefehlt, um gemeinsam bessere Lösungen für alle zu finden. Es gibt aber auch positive Erzählungen: Ich habe zum Beispiel mit einer Sekretärin gesprochen, die berichtet hat, dass sie sich im Team schon vor der offiziellen Umstellung auf Fernarbeit gemeinsam darauf vorbereitet haben. Das ist dann auch eine schöne Geschichte, die zeigt, dass Selbstorganisation ganz unaufgeregt vielerorts stattfindet und wie wichtig sie ist. Insgesamt hatten wir jedenfalls den Eindruck, dass zwar einige Probleme pandemiespezifisch waren, aber dass sich vor allem bereits bestehende Probleme nochmal verschärft haben. Also wenn z.B. das Betreuungsverhältnis in manchen Studiengängen eh schon katastrophal ist, dann ist klar, dass es in der digitalen Lehre nochmal viel schwieriger wird Seminare mit 350 Leuten zu gestalten, wenn man nicht mal einen gemeinsamen Raum zum Diskutieren hat.

Das waren jetzt ja alles sehr konkrete Erfahrungen. Könntest du diese noch einmal in einen breiteren Zusammenhang bringen mit dem allgemeinen Umgang der neoliberalen Hochschule mit einer solchen Ausnahmesituation?

Die Neoliberalisierung ist ja recht widersprüchlich, insofern sie eigentlich Freiheit und die Entfaltung von Potenzialen verspricht, aber im Prinzip das Gegenteil bewirkt. Das Prinzip der Neoliberalisierung – Hochschulen werden in Konkurrenz zueinander gesetzt und sollen in Wettbewerben gegeneinander antreten – erfordert, dass Mechanismen der Vergleichbarkeit eingesetzt werden. Und das führt zu einem Aufblähen der Bürokratie, wie man es beispielhaft an der Bologna-Reform oder der Exzellenzinitiative sieht. Bologna bedeutet für das Studium, dass alles genau durchgeplant, jedes Seminar und jedes Modul aufeinander abgestimmt werden müssen. Dadurch ist ein Bürokratikonstrukt entstanden, das total unflexibel und mit Veränderungen wie der Corona-Krise völlig überfordert ist.

Und frag nur mal irgendeine Person im Mittelbau, die in drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten arbeitet oder in Projekten, die sich auf die Exzellenzinitiative bewerben, meinst du die haben Zeit ordentlich Forschung zu betreiben? Die sind die ganze Zeit damit beschäftigt irgendwelche Förderanträge zu schreiben, häufig auch nur, um ihre eigene Stelle für ein oder zwei weitere Jahre zu sichern. Eine Universität, die so nach neoliberalen Prinzipien strukturiert ist, ist viel weniger krisenresistent. Das zeigt sich auch in dem Top-Down-Prinzip, in dem Fachbereiche oder Institute immer weniger Autonomie haben, sondern einfach vieles

von einer zentralen Stelle runterregiert wird. In einer Situation wie Corona bedeutet das, dieses riesige Bürokratiemonster an jeder einzelnen Stelle neu justieren zu müssen.

Deswegen wäre auch unsere Forderung: Mehr Autonomie für die Fachbereiche und Institute, weil dort eben die Studierenden, die Verwaltungsangestellten und die Lehrenden sind, die jeweils eine gemeinsame Situation verbindet, wodurch sie am besten herausfinden können, welche die besten Lösungen für alle sind.

Könntest du an dieser Stelle noch einmal genauer auf die Beschäftigungsverhältnisse an der Universität eingehen? Die Beschäftigungspolitik des Universitätsbetriebs ist ja geprägt von Drittmittelabhängigkeit, unsicheren Honorarverträgen und Befristungspraxis. Wie wirken sich diese Beschäftigungsverhältnisse denn in Zeiten von Corona auf die Mitarbeitenden aus?

Die Förderzeiträume von Drittmittelprojekten sind häufig sehr eng geplant und viele schaffen es auch unter gewohnten Bedingungen nicht, in der Zeit mit ihren Forschungsprojekten fertig zu werden, sondern müssen rechtzeitig Zeit dafür aufwenden Verlängerungsanträge zu stellen, die dann wiederum genehmigt werden müssen. Und nochmal zum Thema der Kinderbetreuung: Wenn junge Wissenschaftler*innen mit Kindern zuhause sind und dabei versuchen sollen einen Freiraum zum Denken und Forschen zu schaffen, mit ihren Projekten weiterkommen müssen und dann auch noch einen Lehrauftrag haben, kommt da einfach sehr viel zusammen. In diesem Sommersemester sind viele Leute und eben insbesondere

Frauen deswegen einfach nicht dazu gekommen an ihren Projekten zu arbeiten. Wenn man gerne Zahlen dazu liest: Es zeigt sich schon jetzt, dass die Publikationsraten von Frauen während der Pandemie massiv eingebrochen sind. Und so wie die Wissenschaftslandschaft momentan organisiert ist, beeinflusst das dann auch stark die zukünftigen Chancen in der Wissenschaft bleiben zu können, da Publikationszahlen eine enorme Rolle spielen. Diese krasse Befristungspolitik bedeutet, dass die wenigsten die Freiheit haben wirklich gute Wissenschaft zu machen. Genau das ist durch Corona zum Teil nochmal verstärkt worden.

„Generell bedeutet diese krasse Befristung, dass man nie wirklich die Freiheit hat wirklich gute Wissenschaft zu machen“

Die zentrale Forderung von uns dazu ist, dass befristete Verträge und die Befristungshöchstdauer, die das Wissenschaftszeitvertragsgesetz festlegt, verlängert werden, was zum Teil auch passiert ist. Wir wollen immer auch konkrete Verbesserungen für unsere Mitglieder erkämpfen, aber langfristig muss da natürlich ein grundsätzliches Umdenken an der Universität stattfinden und Beschäftigungsverhältnisse umfassend entfristet werden.

»Es hat sich gezeigt, dass die Universität im Kontext der neoliberalen Hochschule viel weniger krisenresistent ist«

Schon im März hat unter_bau im Zuge der Forderungen an die Universitätsleitung das sogenannte »Nichtsemester«, also die Aussetzung der Regelstudienzeit, unterstützt. Am 23.06.20 hat der hessische Landtag nun die Verlängerung der Regelstudienzeit um ein Semester für alle im Sommersemester 2020 an hessischen Hochschulen immatrikulierten Studierenden auf den Weg gebracht. Welche Entlastung bringt diese Entscheidung für Studierende und was fordert ihr diesbezüglich für kommende Semester?

Das war schon erst mal ein Aufatmen. Aber es bleibt die Frage, warum an anderen Stellen die jeweiligen Regierungen solche Maßnahmen sehr zeitnah entscheiden konnten und warum es bei den Studierenden so wahnsinnig lange gedauert hat. Es ist ja zum einen die Verlängerung der Regelstudienzeiten und zum anderen hat sich dann irgendwann im Juni das Bundesministerium für Bildung und Forschung

durchgerungen doch noch so etwas wie Überbrückungshilfen für Studis, die aber einfach eine Frechheit sind, zu beschließen. Nur sehr wenige Leute sind da berechtigt an Geld zu kommen und die, die es bekommen, müssen einen hohen bürokratischen Aufwand auf sich nehmen, um an ein paar hundert Euro zu kommen, die in den meisten Großstädten dann nicht mal ausreichen, um die hohen Mieten bezahlen zu können. Die Verlängerung der Regelstudienzeit war aber eine große Erleichterung für die Bafög-Berechtigten, insofern sie nun ein Semester länger Bafög beziehen können. Das sind aber leider nur 15% der Studierenden, während sich 2/3 der Studierenden ganz oder zum Teil über einen oder mehrere Nebenjobs finanzieren. Und das sind häufig Jobs, die in der Pandemie weggebrochen sind, also beispielsweise in der Gastronomie. In diesen Jobs gibt es kaum Rechtssicherheit, also keinen Kündigungsschutz, wo sowas wie Kurzarbeitsgeld überhaupt nicht im Raum steht. Viele Studierende sind so auf der Strecke geblieben, hatten erst mal keinen Kopf und keine Zeit für das Studium,

weil sie mit ihrer finanziellen Absicherung beschäftigt waren. Und das wird in der Zukunft wohl kaum anders sein. Gerade wenn sich die Unsicherheiten mit einer drohenden zweiten Welle wiederholen. Wir fordern deswegen, dass die Goethe-Uni selbst Verantwortung für ihre Studierenden übernimmt und einen Hilfsfonds für die in Not geratenen Studis einrichtet. Und dafür können Professor*innen ruhig mal etwas von ihrem vierstelligen Gehalt abgeben.

„Die ständige Suche nach finanzieller Sicherheit schluckt einfach viel Energie und Kapazitäten, die notwendig wären um das Studium richtig weiter zu führen“

Wenn es bei Leuten zu Kündigungen kommt oder Verträge überraschend nicht verlängert werden, können wir diese Einzelfälle mit rechtlicher Beratung unterstützen.

Welche Handlungsmöglichkeiten stehen euch, als hochschulpolitischer Gewerkschaft, zur Verfügung, um Studierenden und Mitarbeitenden bei wachsender Unsicherheit zu helfen?

Erst einmal haben wir zu Beginn der Pandemie unterbau-intern unter uns Mitgliedern praktische Solidarität organisiert und uns gegenseitig unterstützt. Wenn es bei Leuten zu Kündigungen kommt oder Verträge überraschend nicht verlängert werden, können wir diese Einzelfälle mit rechtlicher Beratung unterstützen. Dann stehen nächstes Jahr wieder Tarifverhandlungen an. Da wird es zum Beispiel wirklich Zeit, dass die Hilfskräfte als Mitarbeitende der Universität anerkannt werden, indem sie einen Tarifvertrag bekommen. Vor allem setzen wir aber darauf, Leute, die in einer ähnlichen Situation stecken, untereinander zu vernetzen. In kleineren Arbeitskämpfen haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Leute gemeinsam viel mehr Druck bei den Chefs

erzeugen können als wenn sie als Einzelperson auftreten. Der Austausch zwischen den Statusgruppen hat auch schon einen Selbstzweck. Ich habe kürzlich zum Beispiel eine Reinigungskraft an der Uni kennengelernt und wir hatten seither sehr gute Gespräche darüber, wie man sich gegenseitig bei Problemen unterstützen kann. Allein zu wissen, wie die Situation von anderen ist, mit denen man sonst nicht so viel zu tun hat, hilft dabei, ein besseres Verständnis von der Universität als Ganzer zu bekommen, um gemeinsam auszuloten, welche Probleme und Interessen bestehen und vor allem wie sich diese zusammenführen lassen.

Ihr habt ja nicht nur Arbeitskämpfe an der Uni begleitet, sondern wart jetzt auch zeitweise in Bornheim, wo ein öffentlicher Arbeitskampf und Streik von Arbeiter*innen in der Spargelernte stattfand. Kannst du kurz erläutern, warum ihr dort aktiv wart und den universitären Boden verlassen habt?

Die Universität ist ja ein sehr interessanter Ort, weil hier eine hohe Fluktuation von Menschen besteht. Hier sind Tausende von Leuten, die in unterschiedlichen Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnissen stehen, und gerade die Gruppe der Studierenden wird zu einem großen Teil nicht an der Universität bleiben, sondern sich in allen möglichen Arbeitsbereichen verteilen. Unser Anspruch ist, Studierende schon während des Studiums mit arbeitsrechtlichem Wissen und Erfahrungen in der Selbstorganisation auszustatten, um sie dadurch zu befähigen, sich in den Betrieben, in denen sie dann arbeiten werden, zu verteidigen und ihre Rechte durchsetzen zu können. Deswegen ist der Blick nach

außerhalb der Universität immer schon da. Wenn Studierende also in anderen Bereichen arbeiten, ist das auch für uns relevant. Im Kontext des Streiks bei Spargel Ritter in Bornheim haben wir z.B. auch mit einer Studentin gesprochen, die neben dem Studium dort auf dem Feld gearbeitet hat. Es war sehr interessant festzustellen, dass der Streik, der dort ausgetragen wurde, eigentlich ausschließlich von den rumänischen Arbeiter*innen getragen war, während sich die deutschen Arbeiter*innen zum Großteil gar nicht oder sehr spät diesem Arbeitskampf angeschlossen haben. Da haben wir gesehen: Wenn Studierende schon während des Studiums gelernt haben gewerkschaftlich aktiv zu sein, gemeinsame Interessen mit anderen Arbeitskräften zu erkennen und sich in praktischer Solidarität zu üben, dann könnten sie sich zu solchen spontanen Arbeitskämpfen wie in Bornheim auch anders verhalten. Unser Anspruch, die Spaltung zwischen den Statusgruppen der Universität zu überwinden, lässt sich also auf die ganze Arbeitswelt übertragen. Auch wenn Menschen, die einen

akademischen Abschluss haben, häufiger in Leitungsfunktionen geraten und auch als Beschäftigte in einer anderen Situation sind als Arbeitskräfte, die vielleicht sogar ungelernt sind, ist es wichtig zu erkennen, wie Privilegien solidarisch für alle eingesetzt werden können und dass wir im Grunde auf derselben Seite stehen: Und zwar auf der Seite, die im Zweifel von den Chef*innen gegängelt werden kann. Es bleibt einfach wichtig sich zusammenzuschließen, wo es geht.

„Unser Anspruch, Spaltung zwischen den Statusgruppen der Universität zu überwinden, lässt sich also auf die ganze Klasse übertragen“

»Unser Anspruch, Spaltung zwischen den Statusgruppen der Universität zu überwinden, lässt sich also auf die ganze Klasse übertragen«

Abschließend: Wie hat die Universitätsleitung auf bisherige Forderungen oder Kritik reagiert?

Naja, weil wir vorhin über Neoliberalisierung gesprochen haben: Die zeigt sich bei der Uni auch in dem unsäglichen Fokus auf PR-Arbeit. Die Uni muss die ganze Zeit so dastehen als würde eigentlich alles super laufen. Aber in Wirklichkeit sieht es momentan so aus als würde sich einfach das Recht des Stärkeren durchsetzen. Es gibt Studis und Beschäftigte, die klarkommen – zumeist Leute, die keine Kinder haben, Leute, die ein Wohnumfeld haben, in dem Fernarbeit gut funktioniert, Leute, die technisch gut ausgerüstet, die psychisch stabil sind oder einfach finanziell gut dastehen. Für diese Leute ist der Studien- oder Arbeitsalltag während der Pandemie einigermaßen machbar. Aber es fallen einfach viele Menschen unter den Tisch. Die werden einfach so ignoriert und das muss sich dringend ändern. Aber wir sehen momentan nicht, wie die Universität langfristig plant: Es gibt keine vernünftige Digitalisierungsstrategie, da wurden

jetzt z.B. erstmal tausende Zoom-Lizenzen gekauft, anstatt, wie schon seit Jahren von den technischen Mitarbeitenden gefordert, eine universitätseigene digitale Infrastruktur aufzubauen. Dafür bräuchte es eine langfristige Finanzierung und mehr Fachpersonal. Andere Problemstellungen wie die der Kinderbetreuung sind auch weiterhin ungeklärt. Und es kann halt auch sein, dass wir in Zukunft häufiger mit Pandemien konfrontiert sein werden und dafür braucht es langfristige Strategien. Mal sehen, wie es mit dem neu gewählten Uni-Präsidenten Enrico Schleiff laufen wird.

Aber bei der Frage, wie die Uni reagiert, würden wir immer sagen: Wir sind die Uni. Die Studierenden, die Verwaltungsangestellten, der akademische Mittelbau, die extern Beschäftigten, die die Gebäude reinigen, usw. Wir halten den Laden hier am Laufen und wir wissen auch am besten, welche Probleme es gibt und wie sie angegangen werden sollten. Deswegen wollen wir weiterhin an der Organisation und Bildung unserer Mitglieder und aller Uniangehörigen arbeiten, um gemeinsam für

konkrete Verbesserungen und die Demokratisierung der Hochschule kämpfen zu können. ●

Das Interview führte Finn aus der Redaktion

Plötzlich Solidarisch

Zum temporären Wir-Gefühl
in der Corona Quarantäne-Zeit

Anfang April, zum Höhepunkt der Anti-Corona Maßnahmen in Deutschland, saß ich mit einer Kollegin beim Eis essen in Bockenheim. Eine alte Frau blickt uns an und lächelt uns an. Ein Lächeln, das aussagt: „Jaja, wir stecken hier halt zusammen drin“, ein bisschen sowie wenn man mit der Bahn spät nachts fährt, und sie riesig verspätet ist. Dieser Artikel stellt dar, warum mich dieses Lächeln beunruhigt hat.

In Zeiten des Lockdowns, in der wir uns in Quarantäne befanden, gab es allerlei solch Situationen: Balkonsingen bei dem sogar die Nachbar*innen den Text per WhatsApp zugeschickt bekommen wollten und mitsingen, Menschen grüßen auf einmal fremde auf Balkonsitzenden Leute. Wie schön doch auf einmal die Leute zueinander waren. Wir, die Gesellschaft, wir bewegten etwas zusammen, schützten von Risikogruppen; dafür nehmen wir doch gerne ein bisschen Quarantäne und Grundrechtseinschränkungen hin. Per Zoom-Call gemeinsam Tagesschau schauen und Informationen über Coronafälle in Frankreich bekommen. Wir waren alle ein Teil von etwas Großem, etwas Wichtigem, ja, endlich hat wieder etwas Bedeutung, endlich sind wir an unsere Natürlichkeit, an unsere Sterblichkeit erinnert. Verstehen wir unser Menschsein normalerweise als eine Teilhabe an einer universellen und ewigen Menschheit¹, so erinnerte uns Corona daran, dass wir von den Bedingungen der Natur abhängige Tiere sind. Das Virus traf uns unabhängig davon, wie hoch unsere

Häuser, wie smart unsere Phones und wie lange unsere Instagramstory ist. Verstehen wir uns sonst als Beherrscher*innen der Natur, offenbart Corona, dass wir Teil von ihr, ja, dass wir sie selbst sind. Ist das nicht aufregend, diese Sterblichkeit? Die Quarantänezeit verband uns. Es brauchte keine politischen Fronten. Wir waren Eins.² Die Quarantänezeit hatte aber auch ein Problem. Sie hat nie wirklich existiert.

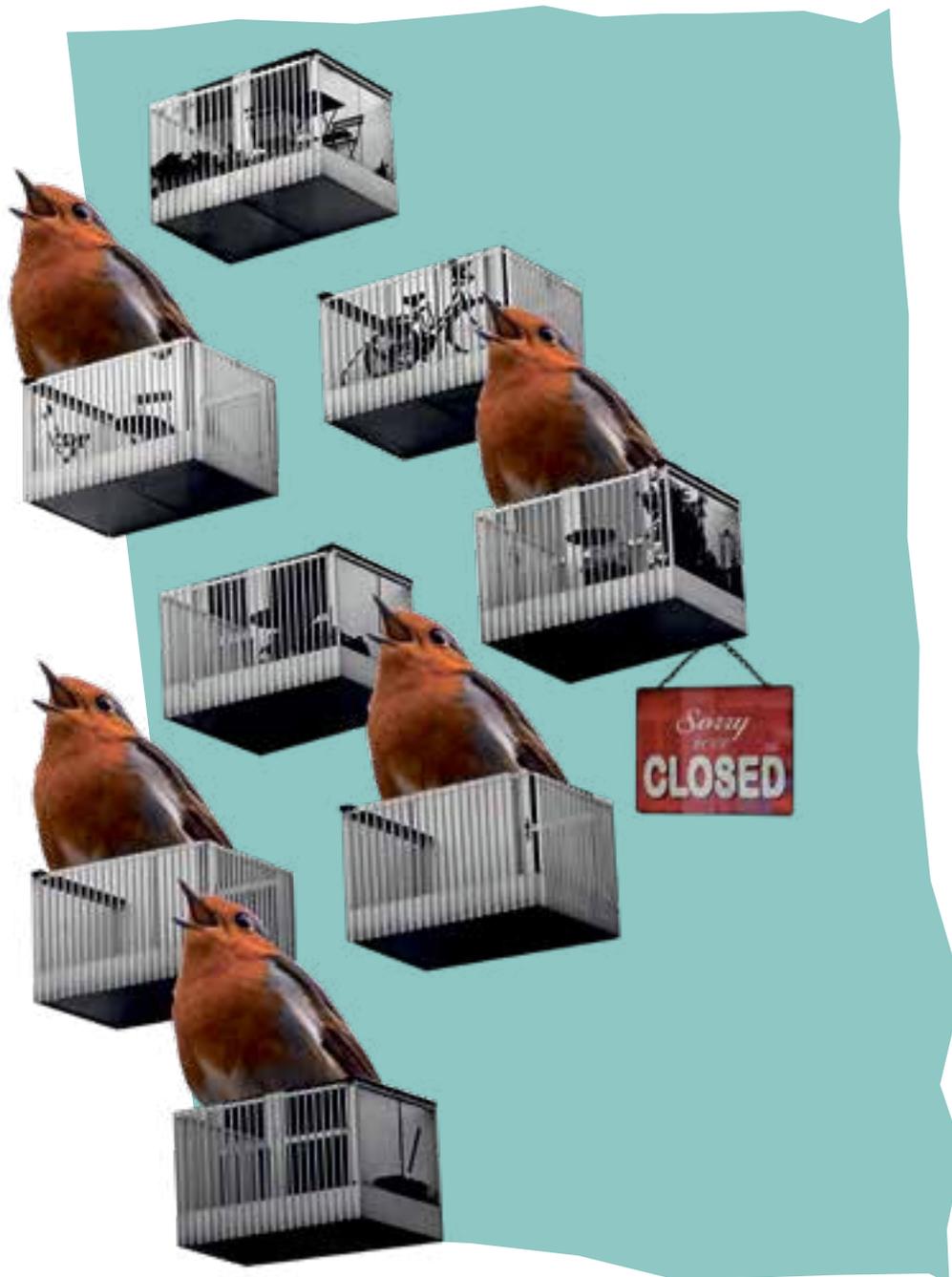
Wer kann denn wirklich von sich sagen, dass er*sie in „Quarantäne“ war? Gingen die meisten nicht eher öfters auf Spaziergänge als sonst? Selten war der Grüneburgpark in Frankfurt a. N. so voll wie zur angeblichen Quarantänezeit. Die Quarantänezeit war keine Quarantänezeit, der Lockdown war kein Lockdown. Viele Geschäfte hatten zu, wenig Leute reisten oder besuchten einander, die Straßen waren leerer als sonst; nicht mehr und nicht weniger. Das begriffliche Aufbauen zur Quarantänezeit stellte eine imaginierte Gemeinschaft her, die hart vom Virus betroffen sei. Nicht weil wir sterben, sondern nicht zum Sport oder in die Karibik fahren können. Die schlimmen Auswirkungen bezüglich häuslicher Gewalt³ oder Existenzängste finden sich im Begriff der Quarantänezeit nicht wieder. So fand ich in dem Lächeln der Frau kein Bedauern dieser Umstände, sondern ein fast schon begeistertes (vollkommen falsches) gemeinsames Opferbewusstsein.

Was mich an dem Lächeln der Frau aufreizte, war, dass sie so tat, als hätten wir

auf einmal etwas gemeinsam, als hätte der Gesellschafts-, der Menschheitsbegriff plötzlich wieder Bedeutung, als dass wir Menschen nicht bloß Individuen sind, sondern, dass es ein Wir gäbe. Dass es so ein Wir gibt mag ja sein, doch dann nicht erst seit jetzt. Wo ist dieses Wir, wenn die deutsche Gesellschaft dem Ertrinken im Mittelmeer zuschaut, wo wenn es um Verteilungsgerechtigkeit, um häusliche Gewalt, um Tierausbeutung geht? Da scheint es kein Wir zu geben; jedenfalls keines, dass sich nicht durch Ausgrenzung der anderen, der schwächeren bekanntlich macht. Die Solidarität mit Risikogruppen ist wichtig. Aber wo ist diese Solidarität, wenn es um die Rechte von Menschen mit Behinderung, um Altenpflege und so weiter geht? Auf einmal hat die deutsche Gesellschaft die Solidarität entdeckt (sogar Angela Merkel verwendet diesen Begriff)⁴. Die Menschen, die bis auf die Unicef Kollekte zu Ostern, 364 Tage im Jahr zu Rassismus, Armut, und Massentierhaltung schweigen, sind jetzt selbst Lebensretter vor dem Fernseher oder dem Herd; schlimmer aber noch, sie haben die moralische Verurteilung entdeckt. Ein bisschen wie ein Ehepaar, dass sich bei Schnitzel über die Tierquälerei der Nachbar*innen mit ihrem Hund Jens echauffiert, fühlt man sich jetzt in der Position, Mitmenschen dafür zu kritisieren, dass diese keine Maske tragen oder gar ihre Freundin treffen. Die Legitimation dieser Kritik war erst richtig realisierbar als der Staat die entsprechenden Gesetze dazu verabschiedete. Solange es nicht mandatorisch war, Masken im Supermarkt zu tragen, galt es auch nicht als unsolidarisch, es nicht zu tun. Doch als es verboten war, da handelte man unmoralisch, da ging man gegen den Leidensstrom, welchen die Gesellschaft doch gemeinsam durchging.

Die Quarantänezeit, die keine war, zeigte das undemokratische Verhältnis, dass viele deutsche Bürger*innen zu ihrem Staat halten. Angespannt warteten wir auf die als nächstes erlassenen Grundrechtseinschränkungen, darauf, dass Reisen mehr und mehr eingeschränkt werden, dass noch kleinere Versammlungen illegal werden. Wie gnädige Rosinenbomber empfangen wir die Lockerungen im Mai und Juni. Toll, wir dürfen wieder ins Restaurant, wir dürfen wieder nach Luxemburg (eine der sinnlosesten Grenzsicherungen der neueren Menschheitsgeschichte)⁵. Der Punkt hier ist nicht zu sagen, dass alle Regierungsmaßnahmen schwachsinnige autoritäre Dekrete waren. Vielmehr geht es darum, wie die Menschen sie aufnahmen, als eine Art Naturgewalt, als Notwendigkeit, dessen Hinterfragen moralisch unberechtigt ist: „Führt uns, verbietet uns, erlaubt uns, und wir werden euch wiederwählen.“ Wie einfach wir die Grundrechtseinschränkungen hingenommen haben, ist beängstigend. Seit Jahren ist bekannt, wie sehr die Massentierhaltung der Gesundheit von menschlichen und nicht-menschlichen Tieren schadet.⁶ Stellt euch aber mal

Balkonsingen bei dem sogar die Nachbar*innen den Text per Whatsapp zugeschickt bekommen wollten und mitsingen, Menschen grüßen auf einmal fremde auf Balkonsitzenden Leute.



vor, was passieren würde, wenn die Bundesregierung solche Fleischprodukte verbieten würde? Das würde sicher nicht so einfach hingenommen werden. Da würde hinterfragt werden, das würde nicht als notwendige Reaktion auf Naturgewalt verstanden werden. Da geht es um unsere Freiheit, zu konsumieren. Die Einschränkung von Grundrechten ist da viel hinnehmbarer. Dann geht es diese Pfingsten halt nicht nach Sri Lanka.

Die Linke tut sich dabei schwer eine Antwort darauf formulieren zu können (eine hervorragende Ausnahme ist „Die Anstalt“ vom 02. Juni 2020). Auf den Straßen herrschte auf einmal verkehrte Welt, als rechte Menschen „Grundrechte“ schreiten, und Linke als Gegendemonstrant*innen

aufließen. Sicher hatte das Gegendemonstrieren seine Berechtigung, da „Grundrechte“ nur ein Tarnbegriff war, hinter dem sich meist rassistische und antisemitische Verschwörungstheorien versteckten. Nichtsdestotrotz kamen dabei selbst antifaschistische Kräfte nicht an dem neuartigen Gefühl herum, direkt oder indirekt die Linie der konservativen Regierung zu bestätigen. Die Linke tut sich schwer, ihren Platz zwischen Verschwörungstheoretiker*innen und Staatstreue zu finden. Dabei braucht es die Linke unbedingt. Sie muss zum Beispiel darauf hinweisen, dass Grundrechtseinschränkungen nur ein aller letztes Mittel sind. Dazu benötigt es keine Verschwörungstheorie, sondern lediglich etwas ungehorsame Vernunft.

Die wichtigste Funktion der Linken in „dieser Zeit“ ist allerdings die Corona-Solidarität richtig einzuordnen. Ja, es ist solidarisch und wichtig sich für Schwächere einzusetzen. Das ist aber nichts was nur ab und zu und erst seit März gilt. Solidarität heißt, den täglichen Normalzustand zu hinterfragen und auch denjenigen Ungerechtigkeiten solidarisch zu entgegnen, die sich normalisiert haben und auf deren unsere Gesellschaft sogar aufbaut. Solidarität ist mehr als nur ein temporärer Ausnahmezustand. Doch das derzeitige Wir ist genau das: Gemeinsam hin zum Normalzustand. Für viele, für Illegalisierte, Hungernde, Opfer häuslicher Gewalt, nicht-menschliche Tiere in Massenfabriken ist der Normalzustand bereits die Hölle. Die solidarische Antwort auf Corona ist daher ein: Ja. Aber dort auch!

Ich hätte das Lächeln der alten Frau vielleicht auch anders auffassen können. Vielleicht hat sie ja auch über etwas ganz anderes gelächelt. Doch wenn ich recht habe, dann spiegelte dieses Lächeln eben nicht einfach Solidarität und Gemeinschaft wider, sondern Solidarität und Gemeinschaft im Trichter eines autoritären Demokratieverhältnisses, der falschen Opfergemeinschaft und der Blindheit gegenüber normalisierten Missständen dar. Solidarität hat keine temporäre Beschränkung. Gerne soll die Frau weiter lächeln, sowie Solidarität auch nach Corona bestehen soll. ●

Tobias Lechner

- 1 Vgl. J.-P. Satre (2007) [1947], *Existentialism is a Humanism*. Yale University Press. S. 22.
- 2 Für Viktor Orban war die Corona Pandemie Grund genug, um ein Notstandsgesetz durchzuführen, dass ihm quasi die Alleinherrschaft über Ungarn erteilte. Vgl. <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fausland%2F2020-04%2Fviktor-orban-corona-krise-ungarn-notstandsgesetz%2Fseite-2> [15.07.20]
- 3 Vieler Orte nahm die häusliche Gewalt in der Quarantänezeit stark zu. Vgl. [tagesschau.de/inland/haeusliche-gewalt-corona-101.html](https://www.tagesschau.de/inland/haeusliche-gewalt-corona-101.html) [15.07.20].
- 4 <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/merkel-zu-corona-1729780> [15.07.20]
- 5 Tatsächlich warnten viele Expert*innen vor der Sinnlosigkeit von Grenzschießungen. Dies schien im Tatendrang der Bundesregierung unterzugehen. Vgl.: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/reisebeschraenkungen-101.html> [20.05.20].
- 6 Vgl. S. Rachles (2013), »Vegetarianism.« In: *The Oxford Handbook of Animal Ethics*. Ed.: Beauchamp/Frey. Oxford University Press.

Vielen Dank für die Blumen!

Warum die FDP unsere Artikel lesen sollte, bevor sie sie kritisiert.



Als Redaktion freut man sich, wenn Artikel von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert werden. Wenn Inhalte der AstA Zeitung im hessischen Landtag für Aufsehen sorgen, freut das umso mehr. Schade nur, dass die Beteiligten den Artikel nicht verstanden haben.

Wenn Oppositionsparteien im Landtag Anfragen stellen, machen sie das normalerweise, um die jeweilige Regierung zu kontrollieren und diese dazu zu bringen, Rechenschaft über bestimmte ergriffene Maßnahmen abzulegen. Anfragen stellen so ein wichtiges Instrument zur parlamentarischen Kontrolle der Exekutive dar.

Relativ absurd mutet es daher an, wenn die FDP ihre Anfragen im hessischen Landtag nicht etwa dazu benutzt Regierungshandeln zu kritisieren, sondern diese Regierung dazu bringen möchte, sich mit Artikeln der AstA Zeitung auseinanderzusetzen. Auslöser hierfür war der Artikel

„Stop Talking“ der letzten Ausgabe „Populismus, Diskurse & Meinungsfreiheit“, welcher ursprünglich von der Initiative „NIKA“ (Nationalismus ist keine Alternative) veröffentlicht wurde. In dem Text vertreten die Autor*innen die These, dass die gesellschaftliche „Mitte“ den Diskurs über die Meinungsfreiheit benutzt, um völkische und nationalistische Positionen zu legitimieren, während Linke, die „eine Kritik vertreten, die den liberalen Wohlfühlbereich verlässt und den kapitalistischen Alltagswahnsinn in Frage stellt“ als Extremist*innen gebrandmarkt werden.

Der Text ist seinen eigenen Ansprüchen offenbar gerecht geworden – der „liberale Wohlfühlbereich“ wurde scheinbar verlassen. Die FDP hält den Artikel für verfassungsrechtlich bedenklich und möchte sich diese Beurteilung jetzt von der Landesregierung bestätigen lassen. Wie gewohnt, diesmal aber in besonders lächerlicher Wahlkampfmanier, packen die Liberalen mal wieder das Hufeisen aus. In ihrem Pamphlet auf eine längst widerlegte Extremismustheorie, bestätigen sie jedoch lediglich die These des besagten Artikels: Die sogenannte Mitte hält sich am Leben, indem sie von einem vermeintlich politisch neutralen oder ausgeglichenen Ort fabuliert. Ein Ort an dem Interessen

ausgeglichen werden und sich eine gemäßigte Politik durchsetzt. Dass es sich dabei um ein Phantasma handelt muss kaum erwähnt werden. Eine politische Position, welche sich durch die Abgrenzung von den vermeintlichen Rändern der politischen Bühne definiert, entzieht sich der inhaltlichen Auseinandersetzung – und stützt zudem herrschende Verhältnisse.

Offensichtlich ist es für „liberale“ nicht auszuhalten, wenn in einer Zeitschrift von und für Studierende Thesen vertreten werden, die von dem bürgerlichen Diskurs abweichen. So nimmt Matthias Bieger von den Freien Demokraten den Artikel zum Anlass, zu fragen, ob bezüglich der politischen Ausrichtung der AstA-Zeitung Handlungsbedarf bestehe. Die freiheitlich-demokratische Antwort auf diese Meinungsverschiedenheit ist also – erwartbarer Weise und trotzdem nicht weniger absurd – Repression.

So hält es Bieger für notwendig gleich das gesamte Wahlsystem zu ändern – wahrscheinlich mit der Hoffnung, dass beispielsweise die Einführung von Online-Wahlen zu einer bürgerlich-liberalen Mehrheit im Studierendenparlament und dadurch auch zu bürgerlich-liberalen Texten in der AstA-Zeitung führen würden.

Um kritische Inhalte zu verhindern werfen die Liberalen nun mit inhaltslosen Begriffen um sich, ohne sich mit dem eigentlichen Gegenstand der Kritik auseinanderzusetzen. Die Antwort der Landesregierung auf die gestellte Anfrage steht noch aus. Es bleibt zu hoffen, dass diese die Anfrage als das sieht, was sie ist: schlecht gemachter Wahlkampf. ●



Die Anfrage könnt ihr hier einsehen: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/03318.pdf>

AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

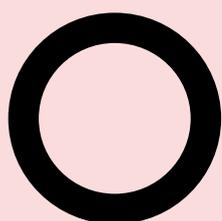
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstraße 133

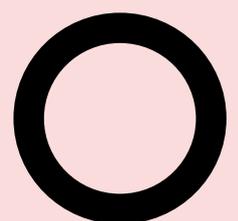
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE



069/79823048



Rede im Rahmen des Jugendaktionstages

Unter dem Motto »No jobs on a dead planet« hat der AStA am Freitag, den 02.10. zu einer Kundgebung und Demo in Frankfurt aufgerufen, die im Rahmen der Kampagne »OrgaNice Solidarity« der IG-Metall Jugend stattfand. Gemeinsam wurde dazu aufgerufen für einen sozial-ökologischen Wandel auf die Straße zu gehen: für sichere, zukunftsorientierte Jobs und Ausbildungsplätze, echte finanzielle Unterstützung für Studierende, letztlich für eine gute Zukunft für alle.

Den folgenden Redebeitrag hielt der AStA bei der Kundgebung.

Liebe Protestierende,
 liebe Studierende,
 Eigentlich sollten wir heute nicht hier sein müssen. Leider ist das aber notwendig. Wir haben uns heute hier versammelt, weil wir wütend sind! Der aktuelle Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Seit Beginn der Corona-Pandemie sind nun sechs Monate vergangen. Seitdem werden Studierende systematisch im Stich gelassen. Dieser Umstand zeigt deutlich, welchen Stellenwert die Politik der Bildung und der Chancengleichheit der Studierenden, egal aus welchen Einkommensschichten sie kommen, beimisst – gar keinen. Außer leeren Worten wurde nichts getan. Bildungsgerechtigkeit scheint sowohl der hessischen Landesregierung als auch der Bundesregierung, allen voran Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, vollkommen egal zu sein. Diese Politik – wenn wir es überhaupt noch Politik und nicht vielmehr Totalversagen nennen wollen – spaltet Studierende in zwei Klassen: Diejenigen (Studierenden), die sich Bildung leisten können und jene, die das nicht mehr können.

Die in der Zeit von April bis September ausbezahlt, sogenannten „Soforthilfen“ für Studierende waren nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und jetzt, nach nur sechs Monaten, hat Frau Karliczek sogar angekündigt, die Überbrückungshilfe nicht weiter zu verlängern! Das sendet eine ganz klare Message an alle Studierenden: Eure Probleme, eure finanziellen Sorgen und Ängste spielen für die Bundes- und Landesregierung keine Rolle! Auch deswegen sind wir heute hier: Um uns erneut Gehör zu verschaffen, um Gerechtigkeit einzufordern, damit alle, die wollen, auch in den kommenden Jahren ihr Studium abschließen oder eines beginnen können.

Die Pandemie und ihre Folgen haben die Missstände im Bildungswesen weiter verschärft. Fehlende Existenzsicherung, Zugangshürden zu digitaler Lehre und soziale Ungleichheit führen zu einer sozialen Ausgrenzung an Hochschulen. Eine Vielzahl der Studierenden weiß nicht, ob, wann und wie sie ihren Abschluss erreichen bzw. relevante Prüfungen ablegen kann. Oft kommen existentielle Folgen hinzu, da sie sich Verzögerungen nicht leisten können. Denn viele Studierende und andere geringfügig Beschäftigte haben in den letzten sechs Monaten ihre Lohnarbeit verloren oder Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Für all diese Betroffenen wächst die Unsicherheit. Unter diesen Umständen ist es kaum möglich, neue Arbeitsverhältnisse

einzuweichen, die mit den Zeitanforderungen und den arbeitsrechtlichen Anforderungen eines Vollstudiums kompatibel sind. Es zeigt sich deutlich, dass die staatlichen und arbeitsrechtlichen Regelungen völlig an der Lebensrealität der Studierenden vorbei gehen.

Die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Mieten verstärken die prekäre Situation zusätzlich und führen dazu, dass immer mehr Studierende in sehr kleinen zweckmäßigen Unterkünften leben müssen, in denen kaum Ruhe oder Platz für Lerninfrastruktur wie einen Schreibtisch vorhanden ist. Eine solche Wohnsituation macht es für viele unmöglich von zu Hause aus Lehrangebote wahrzunehmen. Die Bibliotheken und PC-Räume an der Universität dienen vielen Studierenden nicht umsonst als Arbeitsplatz.

Ebenso ist es unter diesen Umständen kaum möglich, erfolgreiche Prüfungen an der Universität abzulegen. Die unzureichende Digitalisierung führt dazu, dass schon bestehende Bildungsungleichheiten weiter verstärkt werden: Wer ein eigenes Arbeitszimmer und die entsprechende Ausstattung (insbesondere einen eigenen Laptop sowie eine stabile Internetverbindung) zur Verfügung hat, kann sich gut auf die Situation einstellen. Alle anderen, die sich das nicht leisten können, werden von der Bildung ab jetzt ausgeschlossen.

Die aktuelle Bildungspolitik begünstigt diese Entwicklung, statt ihr entgegenzuwirken. Das CDU-geführte

Bildungsministerium möchte offensichtlich am Rad der Geschichte drehen und die Bildungsexpansion und die damit verbundene soziale Öffnung der Hochschulen rückgängig machen. Mit einigem Erfolg: Schon jetzt sind die Studierendenzahlen rückläufig.

Damit Studierende im kommenden Semester Planungssicherheit haben, muss die Anpassung der BAföG- und Regelstudienumsauflagen frühzeitig erfolgen, ein Bangen bis Semesterende wie im vergangenen Semester darf sich nicht wiederholen. Eine Regelung auf Bundesebene ist längst überfällig. Diese Planungsunsicherheit wirkt sich negativ auf Psyche, Leistungsfähigkeit und Konzentration aus und schlägt sich letztlich auch auf die Prüfungsleistungen nieder. Dabei sollte das Bildungssystem gerade in diesen Zeiten Stabilität und Sicherheit vermitteln.

Auch seitens der Universitäten muss ein klares Signal an Studierende gesendet werden, dass die Institutionen sich der außerordentlichen Situation voll bewusst sind. Für die Semester, die von coronabedingten Einschränkungen betroffen sind, müssen Nachteilsausgleiche gewährt werden und flexible Teilnahme- und Prüfungsbedingungen gelten. Das bedeutet: großzügige Rücktrittsmöglichkeiten bei Prüfungen, längere Bearbeitungsfristen, eine universitätsweite Freiversuchsregelung für nichtbestandene Prüfungsleistungen mit

der Möglichkeit zur Notenverbesserung und das Aussetzen der regelmäßigen Teilnahmeverpflichtung sowie die Auslassung strenger Fristen, die das Ableisten einer bestimmten Zahl von Lehrveranstaltungen und Modulen in bestimmten Studienabschnitten vorschreiben. Es muss sichergestellt werden, dass denjenigen, die die schlechtesten Voraussetzungen haben oder die im Verlauf der Pandemie neuen Belastungen ausgesetzt sind, keine Nachteile entstehen, wenn sie keine Studienleistungen erwerben.

Wir werden nicht hinnehmen, dass diese Entwicklungen dazu führt, dass Studierende ihren Hochschulabschluss aus ökonomischen Gründen an den Nagel hängen müssen und sich nur noch diejenigen ein Studium leisten können, deren Eltern reich genug sind, um sie komplett zu finanzieren, während dem Rest der Zugang zu den Hochschulen schon von Anfang an erschwert wird, weil die Kombination aus BAföG und gering beschäftigter Lohnarbeit nicht ausreicht, um die Miete und die Lebenshaltungskosten in den großen Ballungszentren zu bezahlen. Wir fordern Bildung für alle statt Bildung für Reiche!

Die Lösung kann nicht sein, dass sich Studierende über Schwarzarbeit finanzieren und dadurch verstärkt von Ausbeutung sowie unfairen Lohn- und Arbeitsverhältnissen betroffen sind. Wie soll bei einem Verdienst von 10 Euro pro Stunde legal der Lebensunterhalt bestritten werden, wenn man - um die studentische Krankenversicherung nicht zu verlieren - legal nur 20 Stunden pro Woche arbeiten darf? Auch durch die Nebenverdienstrestriktionen für BAföG-Beziehende sind diese teilweise dazu gezwungen, sich Teile ihres Einkommens schwarz dazuzuverdienen. Selbst der BAföG-Höchstsatz beinhaltet lediglich eine Wohnpauschale von 325 Euro. Wie soll das bei einem Durchschnittspreis von 500 Euro für ein WG-Zimmer in einer Stadt wie Frankfurt am Main ausreichen? Die im BAföG enthaltenen Sätze sind viel zu niedrig und realitätsfremd.

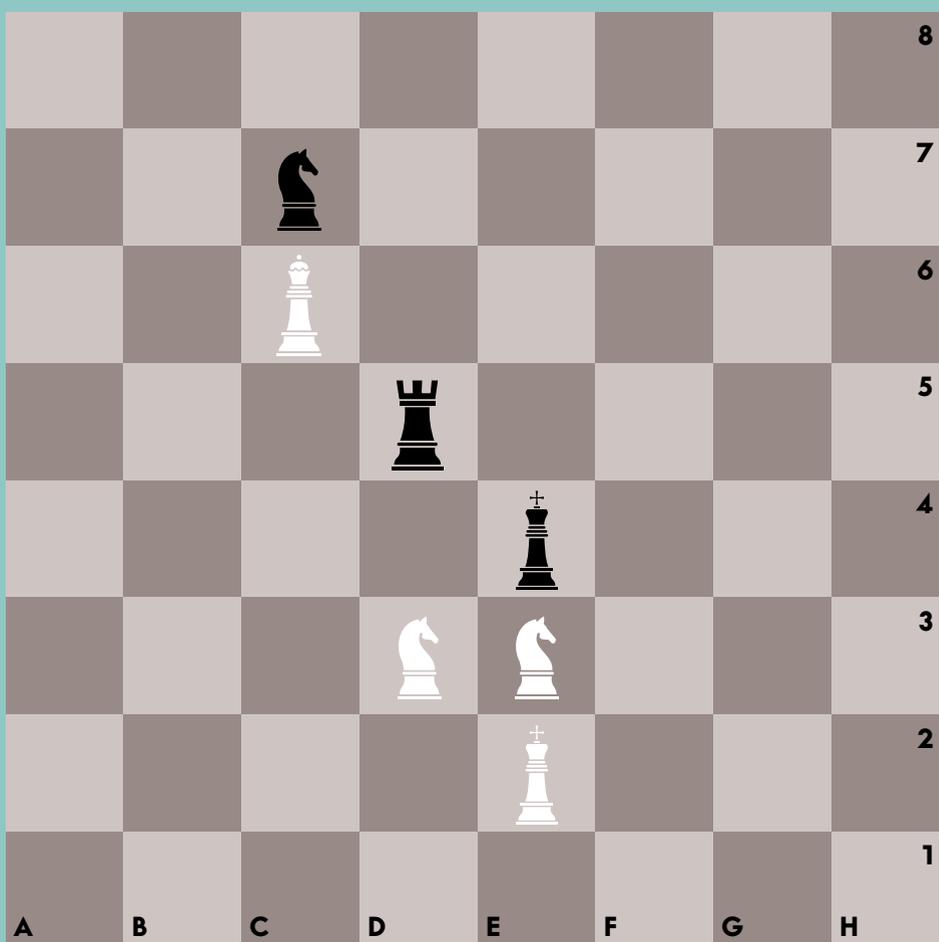
Wir fordern Bildungsgerechtigkeit jetzt! Und zwar nicht nur für Studierende, sondern für alle Statusgruppen des Bildungssystems! Organisiert euch! Lernt eure Rechte kennen, ob als Lohnarbeitende, Auszubildende oder Studierende! Werdet aktiv, und fordert ein, eure Bildungseinrichtungen selber mitzugestalten und mitbestimmen zu dürfen.

Leider müssen wir als AstA der Goethe Uni auch nach sechs Monaten unsere ursprünglichen Forderungen mit Nachdruck wiederholen! ●

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!



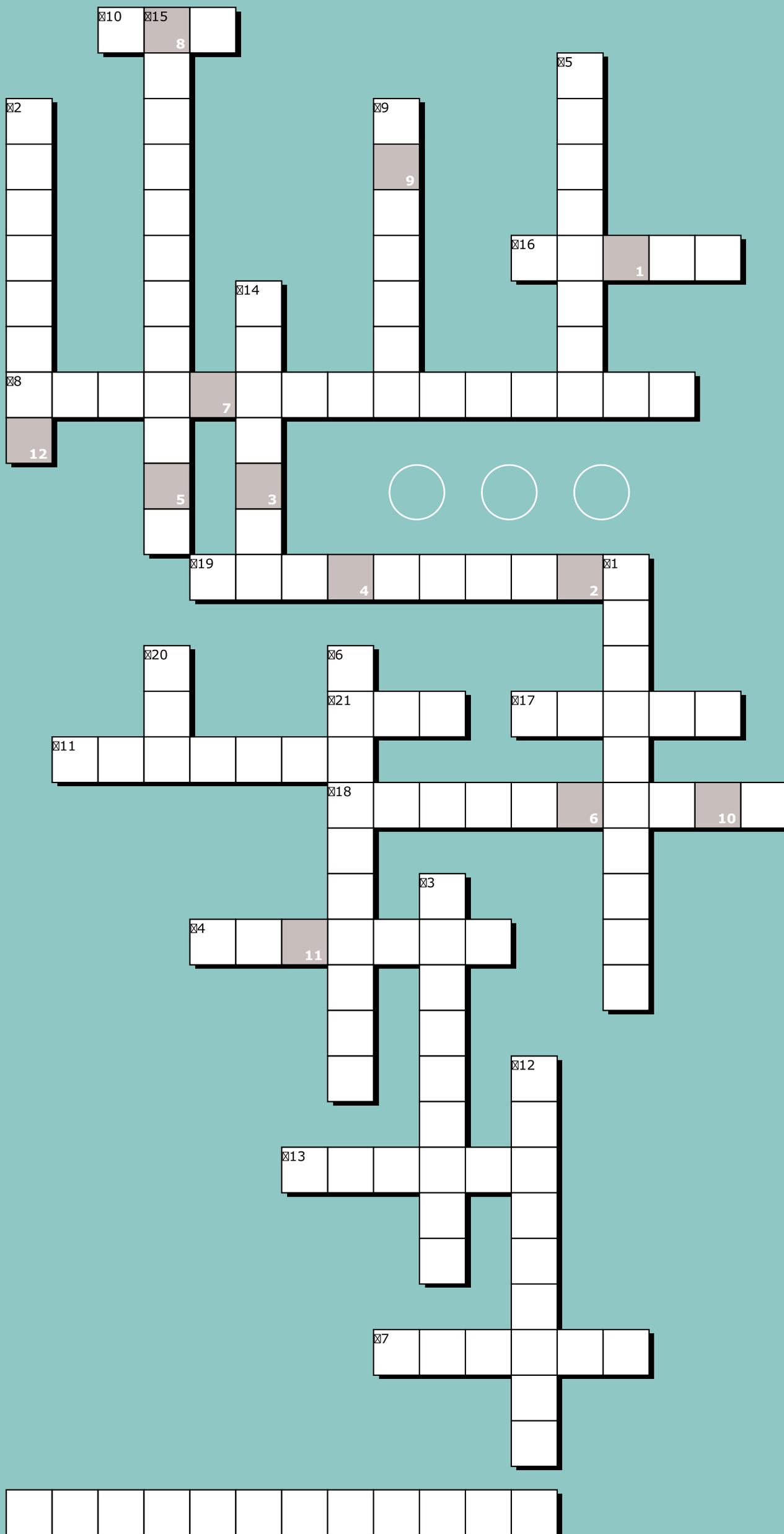
Rätseelseite



Weiß am Zug setzt Matt in zwei...

				8			7	
				6		5	9	2
9		2	5					
				2		9		
6				7			4	
		5			1	2	3	
5		1	6		4			9
8							6	4
		4				3	1	





1. Studentisches Café
2. Neuer Präsident der Goethe Uni (Enrico)
3. Studentische Gewerkschaft
4. Rektor der Universität (1934-1944) (Walter)
5. Kino an der Uni
6. Gesetz, welches die Befristungsmöglichkeiten an der Uni erweitert (Abk.)
7. Autonomes Zentrum
8. Form der Entfremdung bei Marx
9. Umstrittene Zeitschrift aus Berlin
10. Zusammenschluss linker Jurist*innen (Abk.)
11. Cafeteria am Riedberg
12. Wäre die Uni gerne
13. Rechter Kanzlerkandidat der SPD
14. Neues Magazin für einen demokratischen Sozialismus
15. Ökologische Politik der Liberalen
16. Wortführer des SDS (68er) und Adorno Schüler
17. Antisemitische Verschwörungstheorie
18. Trending Hashtag in der Pandemie
19. Haftbefehl Album von 2015
20. Falsch verstandener Kommunismus
21. Schneller Zug (Abk.)

Lesetipps zu Corona

Auch wenn durch das Digitalsemester nicht unbedingt mehr Zeit für Lektüre außerhalb des Studiums entsteht, haben wir mal eine kurze Liste mit Literatur zusammengestellt, für die ihr vielleicht Zeit und Interesse findet. Ob Pandemien, Ausnahmezustand, Krisenpolitik oder Verschwörungstheorien: Allerlei Autor*innen haben sich schon lange vor Corona mit diesen Themen auseinandergesetzt und gewinnen heute erneut an Aktualität. Auf folgender Liste seien euch ein paar Bücher und Texte empfohlen, welche diese Themen kritisch behandeln.



Zahlreiche Zeitdiagnosen kreisen um den gemeinhin unerwarteten Aufstieg autoritärer Parteien und Bewegungen, der gegenwärtig weltweit zu beobachten ist. Knüpft man indes an die Erkenntnisse der frühen Frankfurter Schule zum autoritären Charakter an, so überrascht die Attraktivität der neuen »falschen Propheten« keineswegs. In rund 20 Aufsätzen diskutieren die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes das Erklärungspotenzial einer psychoanalytisch informierten kritischen Theorie des Autoritarismus angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen.

Konformistische Rebellen.

Zur Aktualität des autoritären Charakters

(A. Stahl; K. Henkelmann; C. Jäckel; N. Wunsch; B. Zopes (Hg.)),
Verbrecher Verlag,
ISBN: 9783957324337



Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, daß die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine »Mentalität« oder einen »Geist« zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und daß dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist.

Studien zum autoritären Charakter

(T. Adorno), suhrkamp taschenbuch wissenschaft,

ISBN-10: 9783518287828



Foucaults Hauptinteresse richtet sich auf die Erforschung der >polymorphen Techniken der Macht<: in welchen Formen, durch welche Kanäle, mittels welcher Diskurse schafft es die Macht, bis in die winzigsten und individuellsten Verhaltensweisen vorzudringen; auf welchen Wegen erreicht sie die seltenen und unscheinbaren Formen der Lust, und auf welche Weise durchdringt und kontrolliert sie die alltägliche Lust?

Sexualität und Wahrheit: Erster Band: Der Wille zum Wissen (M. Foucault), suhrkamp taschenbuch wissenschaft, ISBN-10: 3518283162



Marter, Bestrafung, Disziplin, Gefängnis – das sind die vier großen Themen in Michel Foucaults erfolgreichem und fesselndem Buch über die Geburt des Gefängnisses, mit dem er eine schonungslose Inventur der Entwicklung der Gefängnis- und Bestrafungsstrukturen seit Mitte des 19. Jahrhunderts vornimmt und die modernen Gesellschaften als »Disziplinargesellschaften« ausmacht.

Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses (M. Foucault) (suhrkamp taschenbuch) ISBN-10: 3518387715



Rechtspopulistische Strömungen finden auf ihrem Feldzug gegen die Demokratie ein mächtiges begriffliches Mittel vor: die Extremismustheorie. Gewonnen aus einer spezifischen Lesart totalitarismuskritischer Arbeiten, etwa von Hannah Arendt, hat sich im Sprechen über die Gesellschaft ein Hufeisenmodell durchgesetzt: Eine Mitte der Gesellschaft werde von ihren Rändern bedroht. Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus arbeiten daran, die Demokratie zu zerstören. Doch besonders die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus führt oft dazu, ersteres auf Kosten von letzterem zu verharmlosen. Zudem ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Mitte selbst problematisch. Was gehört zu dieser Mitte, was nicht? Gerade die aktuellen Erscheinungsformen rechter Ideologien zielen darauf ab, gerade noch anschlussfähig zum gesellschaftlichen Diskurs zu bleiben und ihn durch kalkulierte Grenzverletzungen nach rechts zu verschieben – mit einigem Erfolg, Stichworte: »Flüchtlingswelle«, »Genderismus« oder »political correctness«. Doch wenn selbst der positive Bezug auf das Grundgesetz teilweise als linksradikal diskutiert wird, desavouiert sich dieses Hufeisenmodell endgültig.

Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts (T. D. Uhlig; E. Berendsen; K. Rhein) Verbrecher Verlag, Edition Bildungsstätte Anne Frank 2, ISBN: 9783957324085



Die vorliegende Neuausgabe von Georges Canguilhem's *Das Normale und das Pathologische* macht dieses lange vergriffene Buch, das als ein Hauptwerk der modernen Wissenschaftsgeschichte bezeichnet werden kann, in einer aktualisierten Übersetzung wieder zugänglich. Der Band umfasst Canguilhem's medizinische Dissertation, die er 1943 in Straßburg unter dem Titel „Versuch über einige Probleme, das Normale und das Pathologische betreffend“ eingereicht hat, sowie die „Neuen Überlegungen zum Normalen und zum Pathologischen (1963-1966)“, in denen Canguilhem sich „zwanzig Jahre später“ erneut der Frage der Normen und des Normalen widmet.

Das Normale und das Pathologische (G. Canguilhem), August Verlag, ISBN: 978-3-941360-20-4



Insofern der Ausnahmezustand zur Regel zu werden droht, sind die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats und das verfassungsgemäße Gleichgewicht der Gewalten gefährdet, und die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur verschwimmt. In Auseinandersetzung mit verschiedenen theoretischen Annäherungen an das Phänomen des Ausnahmezustands – zu nennen sind in erster Linie Walter Benjamin und Carl Schmitt, aber auch Autoren wie Theodor Mommsen, Adolphe Nissen und Jacques Derrida – vermisst Agamben das von den meisten Theoretikern gemiedene Niemandsland zwischen Politik und Recht, zwischen der Rechtsordnung und dem Leben und wirft ein neues Licht auf jene verborgene Beziehung, die das Recht an die Gewalt bindet.

Ausnahmezustand: Homo sacer II.1 (G. Agamben) (edition suhrkamp) ISBN-10: 9783518123669

AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheimer,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Regine Nicoleit

im Studierendenhaus, Raum B2
Corona-Öffnungszeiten
Mo, Di, Do 10–12:30 Uhr
13:30–15 Uhr
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

AStA-Sozialberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
soziales@asta-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16–18 Uhr
im AStA Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

DGB Campus Office -

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
campusoffice@asta-frankfurt.de

Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung

www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798–17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

Im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

Psychosoziale Beratung des Studenten[sic!]werkes

Im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798–349 05
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

AStA Awareness Struktur

e-mail awareness@asta-frankfurt.de
awareness.blogspot.eu

AUTONOME REFERATE

Autonomes AusländerInnenreferat

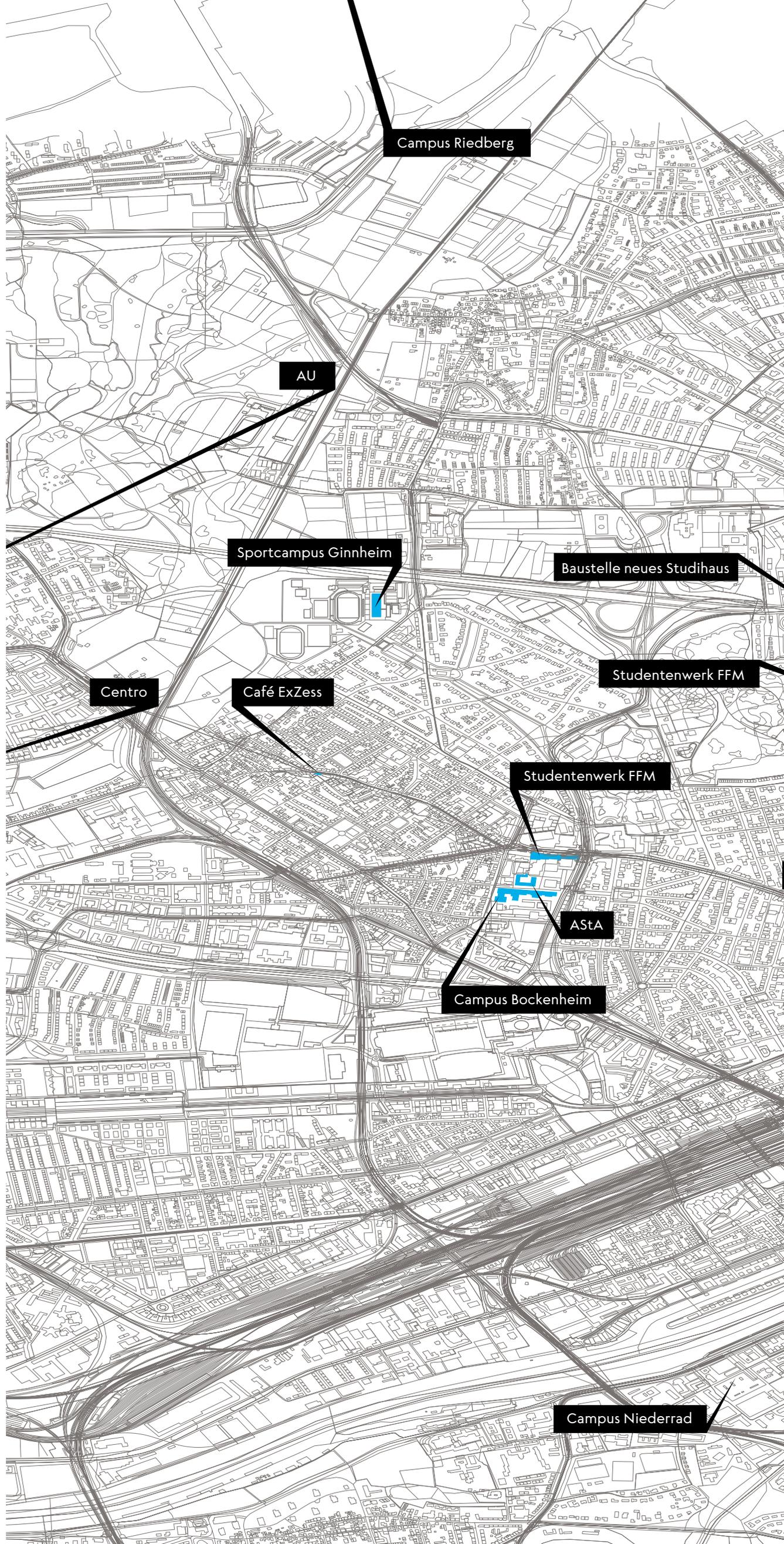
Tel 069 79825236
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

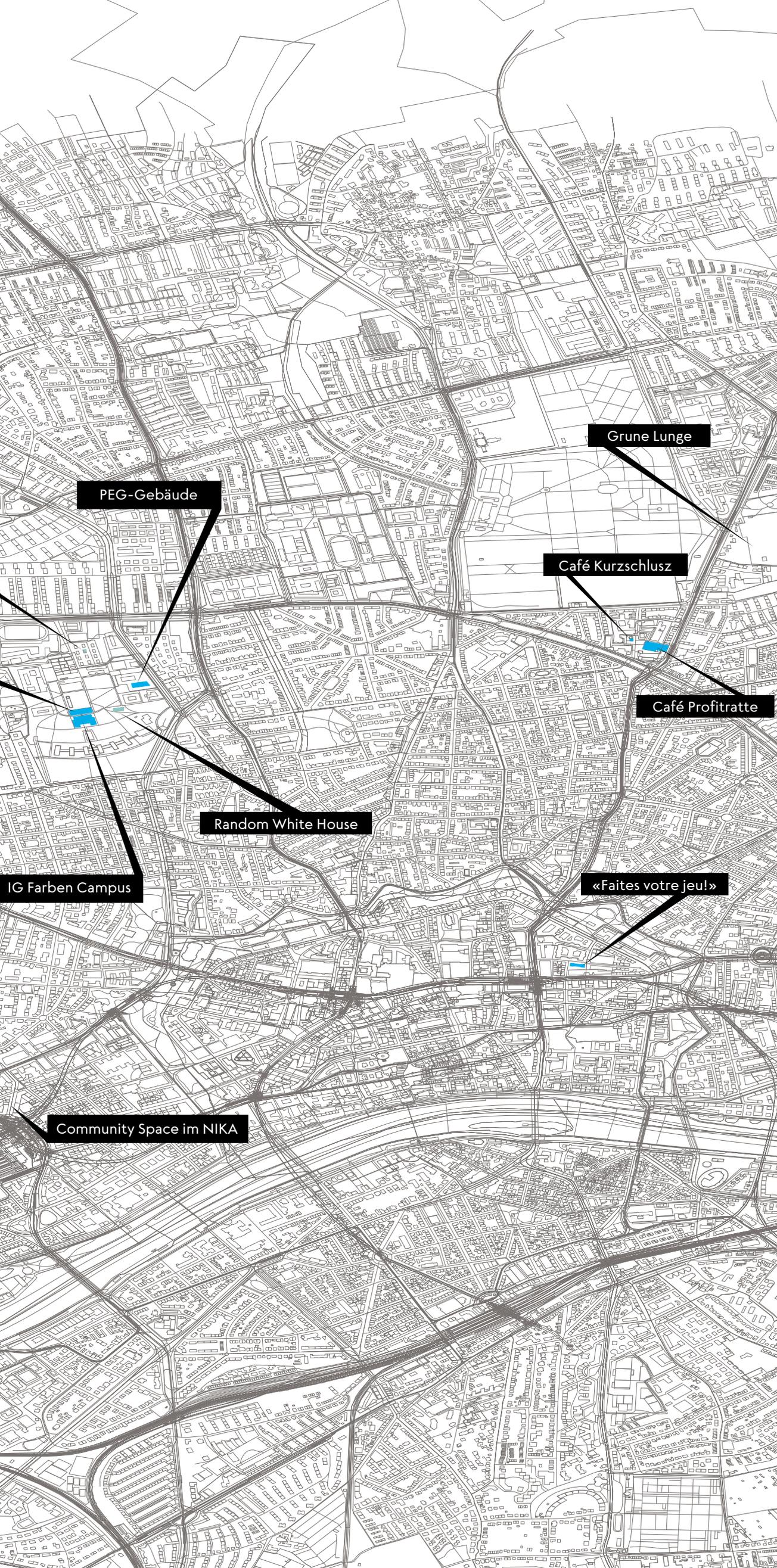
Autonomes Frauen*Lesben-Referat

http://aflr.blogspot.de / aflr@riseup.net
Tel 069-798 230 95

Autonomes queerfeministisches Schwulenreferat

www.fs-gu.de
uni.frankfurterschwule@gmail.com
Tel 069 79823052





Autonomes Inklusionsreferat

inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Tel. 0152 23535351 – eltern@asta-frankfurt.de

UNI-INITIATIVEN

Students for Future Frankfurt – twitter.com/sff_ffm

Initiative Studierender am IG-Farben Campus
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik
kritische-oekonomik.de

Halkyonische Assoziation
für radikale Philosophie, www.harp.tf

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt
hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

Academic Experience Worldwide
www.aeworldwide.de

Goethe's Green Office – goethesgreenoffice.org

UTV – facebook.com/utvfrankfurt
youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

SELBSTVERWALTETEN RÄUME DER UNIS

Random White House
randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Café Profitratte Gleimstraße 2, FH Frankfurt

Campus Trinkhalle am IG Farben Campus

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Café Anna Blume, IG 0.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi
RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-
heim als selbstveraltetes Zentrum, ohdk.de)

Initiative Social Hub – Initiative für ein
Stadtteilzentrum in Bockenheim, social-hub.cc

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
zur Zeit ohne Wohnsitz – www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt, – www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt – www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA Im Community
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig
Veranstaltungen und Ausstellungen.
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte
Gartenanlage mit politischen & alternativen
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e. V. – Kino in der Uni
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

Was ist die AStA-Zeitung?

Die AStA-Zeitung ist das Publikationsmedium der Studierendenschaft und erscheint rund drei Mal im Jahr. Der Vorstand des AStA und die Zeitungs-Redaktion verwalten und publizieren alle Ausgaben. Die Redaktion setzt sich aus drei Vertreter*innen der politischen Hochschulgruppen zusammen, wobei das Oppositionsreferat und eine weitere Stelle im Stupa gewählt wird. Der Inhalt wird aber von euch, den Studierenden selbst produziert: Es werden journalistische, essayistische und literarische Texte, Bilderserien, Kunstwerke und Bekanntmachungen des AStA abgedruckt. Vor den AStA-Wahlen erscheint außerdem jährlich eine Sonderausgabe mit Selbstdarstellungen der Hochschulgruppen. Wir wollen euch alle einbinden und dazu einladen, eure Beiträge einzureichen. Praktischerweise wird die Zeitung allen Studierenden an ihre Postadresse gesandt. Damit ist die AStA-Zeitung das einzige Mittel, zuverlässig und permanent alle Studierenden zu erreichen.

Ich möchte etwas in der Zeitung veröffentlichen, wie geht das?

In jeder normalen Ausgabe gibt es einen Hauptthemenschwerpunkt. Wenn eine neue Zeitung geplant wird, dann veröffentlichen wir einen Call for Papers. Wir verschicken diesen an uni-nahe Mailverteiler (von Fachschaften, studentischen Initiativen, Hochschulgruppen etc.) und posten den Call auf der AStA-Homepage und -Facebookseite. Wenn ihr einen Mailverteiler (keine Einzeladressen!) hinzufügen wollt, dann schreibt uns einfach die Adresse und wir berücksichtigen diese dann für zukünftige Calls. Ihr könnt aber auch unabhängig von einem vorangegangenen Call oder angegebenen Thema Beiträge zu allen Themen einreichen, die euch auf den Nägeln brennen (und die Uni oder Studierenden adressieren). Bei der Auswahl zur Publikation geeigneter Beiträge berücksichtigen wir dabei neben ihrer Qualität auch ihre Relevanz. Außerdem verfolgen wir den Grundsatz, keine sexistischen, rassistischen oder antisemitischen Beiträge jeglichen Ausmaßes zu veröffentlichen.

Warum bekomme ich den "Call" und die Zeitung nicht per E-Mail?

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es dem AStA, im Gegensatz zu vielen anderen ASten, zurzeit leider nicht erlaubt, E-Mails an alle Studierenden zu verschicken. Das darf bislang nur das Uni-Präsidium, das uns bisher hierfür kaum Möglichkeiten bietet oder wenn doch, dann nur unter strengen Bedingungen. Der AStA bemüht sich in aktuellen Verhandlungen darum, diesen Missstand zu beheben, so dass auch wir den E-Mailverteiler nutzen dürfen, um alle Studierenden zu erreichen. Bis dahin haben wir leider keine Möglichkeit, alle Studierenden digital zu erreichen. Aber folge uns doch einfach auf Facebook, dann bekommst du den "Call" auf jeden Fall mit! Zusätzlich wird der Call für die nächste Ausgabe meist am Ende der aktuellen Ausgabe mit abgedruckt.

Wie ändere ich meine Adresse für die Zeitung?

Wenn du keine Zeitung erhältst, obwohl du das eigentlich müsstest oder umgezogen bist, dann ist es ganz einfach deine Adresse zu ändern. Wir vom Zeitungsreferat oder vom AStA können da leider nichts machen. Da eure Adressdaten unter Datenschutz stehen, habt nur ihr(!) die Möglichkeit, diese einzusehen und zu verändern. Das könnt ihr mit eurem HRZ-Account unter <https://qis.server.uni-frankfurt.de> machen. Wenn ihr euch durch das Menü klickt, dann folgt den Reitern: Startseite -> Allgemeine Verwaltung -> Kontaktdaten ändern -> Postanschrift und E-Mail-Adresse. Hier habt ihr die Möglichkeit, mithilfe eurer I-Tan-Liste eure aktuelle Adresse anzugeben. Das funktioniert sogar im Erasmus-Semester!

Ist es möglich die Zeitung abzubestellen?

Nein, das ist leider nicht möglich, da wir wie oben beschrieben aus datenschutzrechtlichen Gründen keinerlei Zugriff auf eure Adressen und Kontaktdaten haben, sondern nur die Universität. Außerdem, und das ist der entscheidende Punkt, ist die AStA-Zeitung die Mitgliederzeitung der Studierendenschaft und ist somit deren Allgemeinheit verpflichtet.

Ist es möglich, die Zeitung auch zu beziehen, wenn ich nicht an der Uni Frankfurt immatrikuliert bin?

Ja, sie liegt im Studierendenhaus am Campus Bockenheimer, in der Karl-Marx-Buchhandlung und an vielen studentischen Räumen aus und kann dort kostenlos mitgenommen werden. Verschickt wird sie allerdings nur an Studierende der Uni Frankfurt und es gibt leider keine Möglichkeit, sie als Nicht-Studierender postalisch zugeschickt zu bekommen.

Warum erhalte ich die Zeitung nicht per Post?

Wahrscheinlich bist du bei der Uni nicht mit deiner aktuellen Adresse gemeldet, siehe dazu den Punkt weiter oben. Du kannst die AStA-Zeitung aber auch als PDF-Datei über die AStA-Homepage beziehen, sie liegt außerdem im Studierendenhaus am Campus Bockenheimer, in der Karl-Marx-Buchhandlung und an vielen studentischen Räumen aus.

Warum erscheint die Zeitung nicht digital?

Die AStA-Zeitung erscheint seit Jahren sowohl in digitaler als auch analoger Form. Sie kann als PDF-Datei auf der AStA-Homepage runtergeladen werden. Ansonsten halten wir auch weiterhin an dem analogen Versand an alle Studierenden fest: Zum einen, weil wir gegenwärtig keine Möglichkeit haben, auf einem anderen Weg alle Studierenden zuverlässig zu erreichen (s.o.), und zum anderen, weil eine Zeitung in Papierform einen ganz anderen Stellenwert besitzt als eine PDF-Datei.



Ist es möglich die Zeitung abzubestellen?

Nein.



»Einfach mal die Fresse halten«¹

– Pressemitteilung:

AStA und Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der Goethe-Universität fordern Entzug der Honorarprofessur von Hanns-Christian Salger

Der AStA der Goethe-Universität Frankfurt und der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen fordern den Entzug der Honorarprofessur von Hanns-Christian Salger, der am „Institute of Law and Finance“ der Goethe-Universität lehrt. Er ist in der „Atlas Initiative“ aktiv, welche von Expert*innen als demokratiefeindlich eingeordnet wird. Außerdem referiert Salger bei der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Salger wettert in seinen Vorträgen und Videos gegen den Sozialstaat und das Asylrecht, die Corona-Verordnungen der Länder und spricht politisch und religiös Verfolgten das Recht ab, sich öffentlich zu äußern. In einem Video zur staatlichen Gewaltenteilung bezeichnet Salger die Mietpreisbremse und die Corona-Beschränkungen „als Akt staatlicher Willkür“. Auch die Pressefreiheit gilt für ihn nicht uneingeschränkt - vielmehr sieht er Journalist*innen als gezielte „Kritiker der Regierungskritiker“.

„An die Professor*innen unseres Fachbereichs erheben wir als AkJ den Anspruch, dass Sie mit den wesentlichen Werten des Grundgesetzes sowie den Grundprinzipien des Rechtsstaates übereinstimmen und sich dabei aktiv von staatszersetzenden und demokratiefeindlichen Bestrebungen distanzieren“, so Lara Mann, aktiv beim Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der Goethe-Universität. Darum fordert Mann: „Eine Unterstützung von solchen demokratiefeindlichen Bestrebungen kann und darf

weder an der Goethe-Universität noch an einer anderen Universität geduldet werden. Wir fordern das Dekanat hiermit zum sofortigen Entzug der Honorarprofessur von Hanns-Christian Salger auf.“

Salgers Aussagen sind eingebettet in ein von Beobachter*innen als antidemokratisch eingestuftes Netzwerk der ultraneoliberalen extremen Rechten im Umkreis der AfD, in dem er seit Jahren aktiv ist: er war von 2013 bis 2018 AfD-Mitglied und ist seit deren Gründung im Jahr 2018 Teil der rechtslibertären „Atlas-Initiative“. Der Vorsitzende Markus Krall fällt immer wieder durch rechte Umsturzphantasien und antidemokratische Äußerungen auf. „Krall arbeitet mit der Atlas-Initiative auf einen Umsturz hin, mit dem er das vermeintliche von ihm imaginierte ‚Tier Sozialismus‘ durch die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und Einführung eines Monarchen besiegt werden soll“, analysiert der Soziologe Andreas Kemper, der sich umfangreich mit der „Atlas-Initiative“ beschäftigt und seit Jahren zu Verstrickungen der AfD ins extrem rechte Lager recherchiert.

Wer beispielsweise BAföG oder Sozialhilfe erhält, dem soll in Kralls Weltbild das Wahlrecht entzogen werden. Neben der Forderung nach einem sozialpolitischen Kahlschlag offenbart sich so das demokratiefeindliche Weltbild von Markus Krall und der von ihm gegründeten „Atlas Initiative“. Die Forderung einer „Revolution

von rechts“ wird von Krall offensiv in die Öffentlichkeit getragen. „Wir stellen wir uns entschieden gegen solche antidemokratischen Tendenzen“, sagt Clara Mißbach vom AStA der Goethe-Universität Frankfurt. Mißbach weiter: „Lehrende, welche die Meinung vertreten, dass Studierenden mit BAföG-Bezug das Wahlrecht entzogen werden soll, sind für uns inakzeptabel und haben an der Universität keinen Platz!“

In ihrem Leitbild verpflichtet sich die Goethe-Universität den Ideen der Demokratie sowie dem Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus. „Wenn diese Worte mehr bleiben sollen als leere Phrasen, muss Hanns-Christian Salger die Honorarprofessur entzogen werden; er sollte keine Lehrveranstaltungen mehr an der Goethe-Universität durchführen“, sagt Clara Mißbach vom AStA der Goethe-Universität Frankfurt. ●

Für Rückfragen steht Ihnen der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen unter akj-frankfurt@gmx.de zur Verfügung.

¹ Das rät Hanns-Christian Salger politisch und religiös Verfolgten in einem Vortrag zum Thema Massenzuwanderung, Asyl in Recht und Praxis im Rahmen einer von der Desiderius-Erasmus-Stiftung organisierten Veranstaltung, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=Wuj6aGxRlh8>.

Pingui Cula
vor 2 Monaten

»Seht euch die Aufrufe an. Wie Ignorant sind die Deutschen ? Ein hervorragender Vortrag und das sollte Eigentlich JEDER sehen.«

Für Deutschland-Club XXL
vor 3 Monaten

»TOP-Vortrag! Besten Dank!

Mein Deutschland
vor 3 Monaten

Für was sind Gesetze da, wenn sich KAUM JEMAND daran hält!

R. S.
vor 2 Monaten

»Deutschland ist nich souverän! Wir sind immer noch in der Eigenverwaltung. Hier kümmert sich kein Politikum. Sonst könnte ja man dieses Land bzw. Bürger nicht mehr melken.«

Markus Hardenberg
vor 3 Monaten

»Ein viel zu rationaler Vortrag. Linke interessieren diese ganzen Fakten nicht de Bohne.«

Befehl ist Befehl
vor 3 Monaten

Wie ist die fragwürdige staatliche Souveränität der BRD im Bezug auf dieses Thema zu bewerten?

hornsby 55
vor 2 Monaten

Brillanter Vortrag. Traurig das man sich heute schon mutig fühlt, hier öffentlich so einen Kommentar zu schreiben.

Kirika991
vor 1 Woche

»Sehr guter Vortrag und was muss ich dann lesen? Die Linke Meute fordert die Absetzung so das er nicht mehr an der Uni Lehren darf..... <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/goethe-uni-prueft-schwere-vorwuerfe-gegen-jura-professor,-vorwuerfe-uni-professor-100.html> So weit ist es in Deutschland gekommen echt Traurig«

Qwape
vor 3 Monate

Nationalismus hat keine Zukunft, ist leider so! :D

Kommentare zu Salgers Vortrag auf Youtube



Call for Papers

Universität & Arbeit



Zweifelsohne hat die Corona Pandemie und die damit verbundene Ausnahmesituation an den Universitäten die Arbeits- und Studienbedingungen stark verschlechtert. Doch schon vorher war das Leben an der Universität von Ökonomisierung und Prekarität geprägt. Darauf aufmerksam machte ein Anfang des Jahres von Germanistik-Student*innen der Goethe-Universität Frankfurt veröffentlichter Brief.¹ Er richtete sich an die Universitätsleitung, um die prekären Lehr- und Lernbedingungen an ihrem Fachbereich anzuprangern. Qualitative Lehre sei bei einem derartigen Mangel an Professuren, bei überfüllten Seminaren und auslaufender Finanzierung nicht mehr gewährleistet. Dabei betonte der Brief, dass die benannten Zustände kein Problem eines Fachbereichs allein seien.

Schon seit längerem rumort es an den Universitäten. Nicht nur Student*innen sehen sich schlechten Lehrbedingungen und steigendem Leistungsdruck ausgesetzt. Auch Beschäftigte, insbesondere des sogenannten Mittelbaus² und studentische Hilfskräfte, sind zunehmend mit sich verschlechternden Arbeitsbedingungen konfrontiert. Spätestens seit der Einführung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Jahr 2007, sind befristete Verträge unterhalb der Professur keine Ausnahme mehr – sondern die Regel. So werden mittlerweile ungefähr 90 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an Hochschulen befristet beschäftigt – die Mehrzahl mit einer Vertragslaufzeit von unter einem Jahr.³ Damit reiht sich die herrschende Befristungspraxis der Hochschulen in eine Reihe von Maßnahmen ein, welche den Rahmen für freies und kritisches Denken zusehends schmälern. Denn die prekären Bedingungen von Wissenschaftler*innen wirken sich zunehmend negativ auf die Studienbedingungen der Student*innen aus. Klar ist aber auch: Die schlechten Arbeits- und Studienbedingungen an der Universität sind kein partikulares Problem der Hochschulen, sondern Ergebnis schon länger anhaltender gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Leistungsdruck und Prekarisierung können so als Konsequenzen einer fortlaufenden ökonomischen Rationalisierung, auch an den Hochschulen, verstanden werden.



Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 8.000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de bis zum 20.10.20 schicken.

Substanzielle Verbesserungen oder Entfristungen stehen momentan nicht in Aussicht: Zuletzt haben sich die Kanzler*innen der deutschen Universitäten in der »Bayreuther Erklärung«⁴ für die Weiterführung der gängigen Befristungspraxis ausgesprochen. Konkurrenzverhältnisse zwischen Wissenschaftler*innen werden durch die Ausbreitung eines wissenschaftlichen Marktes und dem Wettbewerb von Hochschulstandorten und Exzellenzclustern zunehmend verschärft. Auch der im März 2020 unterzeichnete Hochschulpakt lässt nicht auf Verbesserungen hoffen, sondern stellt lediglich eine Fortführung dieses Kurses dar. So sind die geplanten Professuren nur teilweise vom Land finanziert und belasten die Grundfinanzierung des akademischen Betriebs zusätzlich.

Doch welche Perspektiven gibt es, die aus der prekären Lage hinausweisen? Immer wieder organisieren sich Arbeitende und Studierende an der Universität, um den Bedingungen entgegenzuwirken.

Diese und viele weitere Fragen können diskutiert werden: Welche Form der Organisation braucht es um Befristung und Co. zu trotzen? Welche Möglichkeiten bietet der Streik als politisches Mittel an der Hochschule? Welche geschlechtlichen Ungleichheiten existieren innerhalb akademischer Arbeit? Wie entstehen prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität und inwiefern sind sie mit qualitativer Lehre vereinbar? Welche Rolle spielt die Universität für den Arbeitsmarkt und Wertschöpfungsketten? Unter welchen Bedingungen kann kritische Lehre trotz allem organisiert werden?

Sowohl inhaltliche Beiträge zu körperlicher und geistiger Arbeit im Allgemeinen als auch konkrete Erfahrungen können thematisiert werden.

Eure Gedanken dazu könnt ihr in dem Medium eurer Wahl einreichen, ob in Textform als Kommentar, Gedicht, Erfahrungsbericht als auch in fotografischer Form oder Ähnlichem. Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 8.000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de bis zum 20.10.20 schicken. Viel Spaß beim schreiben, wir freuen uns auf euren Input!

- 1 Offener Brief der Studierenden der Germanistik: https://zeitung.faz.net/faz/rhein-main-zeitung/2020-02-04/17-professoren-fuer-4300-studenten/420123.html?fbclid=IwAR1oc84KdJ8Eyw79SdfVv3WGM_e_gppngC-j7sMA8RblqkMjAhYl-O8r2cjZrY
- 2 Mittelbau: Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen ohne Lehrstuhl, welche einen Großteil der Beschäftigten ausmacht.
- 3 Zur Aktualität: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/nachwuchsforscher-das-berechtigte-misstrauen-der-befristeten/24461072.html>
- 4 Bayreuther Erklärung: https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-kritisiert-unis-fuer-die-verteidigung-von-zeitvertragen/?&FE_SESSION_KEY=aadd7aa24b5f322d77ac39404e-ec89fe-de812c38d-21c482b32252afb-6c46e11a



**Für
schlechte
Zeiten...**





Thema der nächsten Ausgabe:

Universität & Arbeit